

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Möcke, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 40 M.
Begrüßungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 M.
Versammlungsanzeigen 10 M. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zugang ist fern zu halten von:

Tischlern nach Jena (Berndt & Naumann), Blankenese (W. Gehler), Leopoldshöhe bei Lippe (Grote), Schwedt (E. Schulz);
Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Schönlanke;
Drechslern nach Ringersheim i. Elb. (Stoßfabrik);
Perlmutter-Knopfdrechslern nach Verga (Rob. Meyer jr.);
Bürstenmachern nach Lippstadt (Wiehe und Hoings);
Korbmachern nach München (Schild, Baaberstr. 37), Neugelle (W. Götte), Berlin (E. Schlessinger);
Uhrgehäusearbeitern nach Schmölin (Trommler);
Celluloidarbeitern nach Leipzig (Fabrik S. Mendelsohn).

Kampf nach zwei Fronten.

Wer hätte sie nicht schon gesehen, die nothleidenden Junker, deren jeder — wie Bebel auf dem Albeder Parteitag sagte — nicht unter 200 Pfund wiegt. Diese hungrigen von der edelsten Sorte der Nation haben schon seit 23 Jahren über ihren Nothstand geklagt und sich unter Berufung auf ihre edle Abstammung darauf versteift, daß der Staat, dessen „theuerste“ Vasallen sie sind, die Pflicht habe, ihre Noth zu lindern. Daß dies aus dem Staatsäckel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung geschehen muß, versteht sich am Rande. Die Herren haben ihren Zweck langsam zwar, aber sicher erreicht und ihr Appetit hat sich nach dem Essen gewaltig gesteigert. Sie begannen im Jahre 1878 mit einer kleinen Dosis: 50 M. Zoll pro 100 kg Getreide. 1880 konnten sie schon einen „Ordnungszoll“ von M. 1 auf das gleiche Quantum vertragen, 1885 das Dreifache und 1887 bewilligte der Angstreichstag den Junkern die bis heute höchstzulässige Dosis von M. 5 für Roggen und Weizen, M. 4 für Gerste und M. 2,80 für Hafer.

Der hagerer Caprivi, der Mann „ohne Ur und Galm“, welcher den Blut- und Eisenmann Bismarck aus dem Sattel warf, hielt es an der Zeit, eine Entfettungskur seiner Klassengenossen vorzunehmen, indem er Handelsverträge mit den einzelnen Staaten abschloß, was aber nur möglich war durch eine Herabsetzung der Getreidezölle von M. 5 auf M. 3,50. Daß sich die Junker wie rasend geberdeten ob des frechen Eindringlings in ihr beschauliches Dasein, ist erklärlich; sie haben gebohrt und gewühlt um den hageren Caprivi, der von der „Noth der Landwirthschaft“ nichts verstand, wieder los zu werden. Dreimal ist der Reichstag mit Anträgen der Agrarier befürtet worden und ebenso oft wurden dieselben abgelehnt. Der ehemalige Zuchthausler von Hammerstein nannte diese Anträge ein Mittel um „Thron und Altar zu schützen“; Alles nützte nichts, es blieb bei dem herabgesetzten Zoll.

Der alte Hohenlohe, der inzwischen als Dritter den Kanzlerjessel einnahm, glaubte aus eigener Erfahrung nicht recht an die Noth seiner Agrarierkollegen und bestritt ganz entschieden, daß alle Landwirthse — wie von den Junkern behauptet wurde — Vortheile von den erhöhten Zöllen hätten. Mit diesem Kanzler war also nichts anzufangen. Als der Bülow'sche Stern am Horizont sich zeigte, war man sich noch nicht sicher, ob er, wenngleich ein Edelster der Edlen, sich für höhere Zölle werde gewinnen lassen. Aber sie haben Glück; v. Bülow ist ganz der Ihre, und die Nase nach Ausplünderung der Taschen des Volkes nahmen wieder in stärkerer Tonart ihren Anfang. Es giebt nichts, kein Produkt, das von den Fangarmen der modernen Blutsauger nicht erfaßt wird. Ist schon die Regierung weit über das bisherige Zollmaß hinausgegangen, so ist den Junkern die Grenze doch

noch zu eng gezogen, in der sie nach Herzenslust ihr Ausplünderungshandwerk betreiben können. Wie weit die Unverschämtheit der Junker geht, mögen einige Ziffern beweisen. Bis jetzt wurde an Zoll erhoben pro 100 kg:

Für Roggen...	M. 3,50,	die Junker fordern M. 7,50
„ Weizen...	„ 3,50,	„ „ „ 7,50
„ Gerste...	„ 2,—,	„ „ „ 7,50
„ Hafer...	„ 2,80,	„ „ „ 7,50
„ Buchweizen...	„ 2,—,	„ „ „ 6,—
„ Mehl...	„ 7,80,	„ „ „ 18,—
„ Hafermehl...	„ 7,80,	„ „ „ 20,—
„ Backwerk...	„ 7,80,	„ „ „ 15,—

Aber nicht allein das Brottorn ist's, das vertheuert werden soll, auch die Kartoffeln, die „Luzuspeise“ der Arbeiter wollen die Junker mit M. 12 Zoll belegt wissen. An Fleisessen brauchen die Arbeiter, wenn die Wünsche der Agrarier in Erfüllung gehen würden, garnicht mehr zu denken. Ist es heute vielleicht noch dem einen oder anderen Arbeiter möglich, ein Stück minderwerthiges Fleisch zu kaufen, nachdem wird er Fleisch nur noch vom Hörensagen kennen. Die frische Milch, welche bisher zollfrei war, wollen die Junker mit M. 5 pro Doppelhektoliter verzollt wissen. Butter, Eier, Käse, worauf heute ein Zoll von M. 16, 2 und 15 ruht, sollen gleichmäßig auf M. 40 gesteigert werden. Viele andere Genussmittel, z. B. Obst, die bisher zollfrei eingeführt wurden, sollen nach den Wünschen der Junker mit M. 8—100 pro Doppelzentner verzollt werden. Und das Alles zur höheren Ehre des junkerlichen Selbsts!

Diese junkerliche Begehrlichkeit würde, wenn sie auch nur zum geringen Theile Befriedigung fände, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse ganz bedeutend verschlechtern. Dies um so mehr, als heute bereits Hunderttausende infolge der Krise am Hungertuche nagen und ihre Zahl sich von Woche zu Woche mehrt. Der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiter zwingt diese daher, den Kampf gegen die agrarischen Ausplünderungsgelüste mit aller Schärfe zu führen. Daß daran auch unsere Kollegen in hervorragendem Maße interessiert und theilhaftig sein werden, bedarf keiner weiteren Erwähnung.

Sie haben aber auch nach einer anderen Richtung hin ihr Augenmerk zu wenden; gilt es da auch keinen Angriff zu unternehmen, so muß zur Abwehr doch gerüstet werden. Am 1. Oktober ist, formell wenigstens, der Schutzverband der Deutschen Tischlermeister in's Leben getreten, ob er Leben bekommen wird, läßt sich heute noch nicht sagen; in Wirklichkeit soll er ja erst treten, „sobald 500 Kollegen die Mitgliedschaft bei demselben erworben haben“. Der geschäftsführende Vorstand des Innungsverbandes geht jetzt mit den Empfehlungen zum Beitritt in aller Welt hausiren, er appellirt an die „Tischlerherzen“, ihm die Beitrittserklärungen abzunehmen und preta prompta gleich das Eintrittsgeld und den Beitrag für ein Vierteljahr zu entrichten. Er appellirt nicht nur an die Tischlerarbeitgeber der großen Städte „wo gestreift wird“, sondern auch an die in den Mittel- und Kleinstädten. Der Vorstand sucht die „Tischlerherzen“ der Kleinstädter damit zum Beitritt zu präpariren, daß er sie vor den Streiks mit dem Sprichwort „Heute mir, morgen Dir“ graulich macht, in Wirklichkeit aber nichts weiter bezweckt, als die Meister der Großstädte auf Kosten der Kleinstädter schadlos zu halten. Wie wenig Neigung zum Beitritt vorhanden sein muß, geht aus der einen Thatsache hervor, daß, obgleich bereits im Monat August der Tischlertag in Gorkis für den Schutzverband Feuer und Flamme war, am 20. Oktober, also drei Wochen nach dem offiziellen Inslebenreten des Verbandes, noch nicht 500 Mitglieder beisammen waren. Die gedruckten Reden von dem Rentier Rings und Anderen werden nebst Satzungen und Beitrittsformularen

„in jeder gewünschten Anzahl zur Verfügung gestellt“, dazu wird am Schlusse auf die den „Tischlerherzen“ vorbildlich dienende Opferfreudigkeit der Gesellen hingewiesen und doch — zieht eben garnichts mehr. Armer Rings!

Der geringe Erfolg oder Mißerfolg der Tischlermeister-Schutzverbands-Pioniere giebt unseren Kollegen noch keinen Anlaß, die Hände ruhig in den Schooß zu legen und ruhig abzuwarten, was noch kommt. Die Solidartät der Unternehmer im gegenwärtigen Leipziger Abwehrstreik beweist, daß in einem Falle, wo die Arbeiter Anerkennung und Durchführung gemachter Zugeständnisse durch Arbeitsniederlegung sich erzwingen wollten, sofort der Unternehmerverband bei der Hand war, dem in Frage kommenden Unternehmer in dessen unberechtigtem Beginnen beizustehen. In der Zeit der Krise dürfen wir auf solche Zwischenfälle uns öfter gefaßt machen und daher ist eine Mahnung wohl am Plage, treu in der Organisation zusammenzustehen und so gut es eben geht, alle Angriffe auf eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und eine Einschränkung oder gar ein Verbot des Koalitionsrechts, wie in Leipzig, zurückzuweisen. Wir bemerken dabei wiederholt, daß bei einem solchen sich nothwendig machenden Vorgehen vorfichtig operirt werden muß, auf keinen Fall aber ohne das Einverständnis des Vorstandes, sondern nur im Einvernehmen mit diesem der Plan zur Abwehr oder zum Angriff entworfen werden darf.

So liegen die Dinge trotz der Krise noch nicht, daß die Kollegen sich alle Unbill und Ungerechtigkeiten ruhig gefallen lassen müßten; ganz gewiß liegt gar keine Veranlassung vor, muthlos zu sein, wenn die Kollegen nur in jedem Orte stets eingedenk sind, daß gerade in der Stunde der Gefahr für ihre bisherigen Arbeitsbedingungen das einmüthige Zusammenhalten Aller ohne Ausnahme doppelt nothwendig ist. Kommt es in günstiger Geschäftszeit garnicht so sehr darauf an, ob der Eine oder Andere mit seiner Solidartät in Konflikt geräth, in der niedergehenden Geschäftsperiode muß das ausgeschlossen sein. Nur bei strengster Pflichterfüllung jedes Einzelnen ist es möglich, die unumgänglichen Abwehrkämpfe mit einigem Erfolge und ohne nennenswerthe Einbuße durchzuführen. Gelingt uns das, dann wollen wir allesammt zufrieden sein.

Die Krise wird hoffentlich einer besseren Geschäftskonjunktur das Feld räumen, dann kommt die Zeit, wo theils an die Zurückeroberung mancher preisgegebenen Position und an die Erringung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen gedacht werden kann, bis dahin muß die Zeit zum Ausbau unserer Organisation, zur Schulung und Belehrung der Mitglieder ausgenützt und die Kriegskasse gefüllt werden. Dann heißt es nicht mehr wie heute: „Gewehr bei Fuß“, sondern „Vorwärts!“

Die Schädigung der Musikinstrumenten-Industrie durch den Zolltarif und welches Interesse haben die Arbeiter an der Gestaltung eines freien Handelsverkehrs,

so lautete das Thema, über welches der Kollege Robert Schmidt in einer öffentlichen Musikinstrumentenmacher-Versammlung in Berlin referirte. Referent geht zunächst auf den Zolltarif ein, welcher eine Schädigung unserer ganzen wirthschaftlichen Lage darstellt. Denn es liegt doch klar auf der Hand, daß ein derartiger Zoll von allen anderen Staaten durch Gegenmaßregeln beantwortet wird. Auch für Musikinstrumente ist eine Zollserhöhung in dem neuen Tarif vorgezogen. Nun ist aber der Gegensatz zu beobachten, wie Arbeiter und die Unternehmer die Lage betrachten. Während die Arbeiter auf keinen Fall damit einverstanden sind, erklärt sich das Unternehmertum, die „Leipziger Musikinstrumenten-Zeitung“, mit dem neuen Zoll einverstanden.

Auch die Leiter der Fabrikanten-Vereinigungen, der Berliner Herr Petermann, Mitinhaber der Firma Leroy, und der Stuttgarter Herr Schiedmayer, sind der Ansicht, daß hohe Zölle für Klaviere von Vorteil sind. Dabei liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit so, daß eine nennenswerthe Einfuhr von Musikinstrumenten in Deutschland nicht ist, aber der Export nach anderen Ländern ganz kolossal aufgenommen hat. Trotz der ungünstigen Geschäftslage im Allgemeinen, hat der Export auch in diesem Jahre wieder zugenommen. Der Grund liegt doch jedenfalls an der Güte und Billigkeit der deutschen Instrumente, westwegen sie sich den Weltmarkt erobern haben. Wenn nun Herr Schiedmayer einen höheren Einfuhrzoll will, so sei nur an den russischen Zollkrieg erinnert. Nach Beendigung desselben ist ein ganz kolossaler Aufschwung des Handels mit Rußland zu verzeichnen gewesen. Ebenso wie Amerika, so würden England und andere Staaten hohe Schutzzölle einführen. Den größten Verlust hätte bei einer Störung des Handels gerade unsere Industrie mit zu verzeichnen. Den Arbeitern wird die Arbeitslosigkeit genommen, zu der Arbeitslosigkeit käme dann noch der hohe Lebensmittelpreis und drücke die Lebenshaltung der Arbeiter noch tiefer. Dabei ist in der Hochkonjunktur von 1893-99 nach den Ausweisen der Berufsgenossenschaft der Lohn in der Musikinstrumentenbranche stetig gesunken. Somit sind die guten Jahre der Industrie ohne jeden Vortheil für die Arbeiter gewesen. Es ist daher der Standpunkt des Herrn Kommerzienraths Schiedmayer einfach unverständlich, wenn er, als Sachverständiger im Reichsamt des Innern gehört, nichts gegen die höheren Zölle auf Lebensmittel einzutenden hatte, sondern sie als einen Ausgleich für die Industrieforderungen bezeichnete. Gerade eine derartige Haltung des Fabrikantenvereins führe zu einer Verschärfung der Handelsbeziehungen und einer Schädigung der Arbeiter. Wenn die Lage der Musikinstrumentenmacher stetig schlechter geworden ist, so liegt die Hauptschuld daran, daß sie schlecht organisiert waren und zu schwach waren, die gute Konjunktur auszunutzen, ja auch zu schwach waren, die Preise auf derselben Höhe zu halten. Denn nur eine gute, straffe Organisation sei im Stande, die Lage der Arbeiter zu heben. Es sei nunmehr Zeit, daß die Musikinstrumentenarbeiter das beherzigen, so daß sie sich organisierte Arbeiter nennen können. Die Lage der Arbeiter ist schon jetzt eine sehr schlechte. Bei A 800 muß er schon für sich und die Familie fast den vierten Theil seines Einkommens an indirekten Steuern zahlen. Durch den Zolltarif würde nun noch Alles theurer werden, und dabei leben wir in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges; es ist daher die Pflicht aller Arbeiter, auf das Energischste zu protestiren gegen eine Verschärfung der wichtigsten Lebensmittel. Ein Jeder muß mitarbeiten, um bei den Wahlen nur solche Männer in die maßgebenden Körperschaften gelangen zu lassen, die Front machen gegen ein derartiges System, welches den Muth besitzt, bei einer allgemeinen Nothlage der Bevölkerung, bei großer Arbeitslosigkeit mit diesem Wuchertarif zu kommen, um einer kleiner Interessengruppe auf Kosten der Allgemeinheit die Taschen zu füllen. Redner schließt mit einem kräftigen Appell an die Musikinstrumentenarbeiter, dem Deutschen Holzarbeiterverbande beizutreten und überall, wo nur möglich, gegen den Zolltarif einmüthig zu protestiren.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage schloß sich eine Diskussion an, welche sich im Sinne des Referenten bewegte. Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution: „Die Verschärfung der Musikinstrumentenarbeiter hält eine Erhöhung der Eingangszölle für Musikinstrumente keineswegs für erforderlich; sie befürchtet vielmehr, daß nach der gleichen Richtung das Ausland angetrieben wird, den Absatz unserer Fabrikate durch höhere Zölle zu erschweren. Im Besonderen wird durch die hohen Agrarzölle die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt, die schon heute durch den wirtschaftlichen Niedergang stark bedroht wird. Aus dem Grunde protestiren wir gegen die im Verein der Musikinstrumentenfabrikanten ausgesprochene Ansicht des Herrn Kommerzienraths Schiedmayer, der sich zu der Erhöhung der Agrarzölle zustimmend äußerte. Die Arbeiter richten deshalb an die Regierung das Verlangen, daß nicht nur die Fabrikanten als Gutachter gehört werden, sondern auch die Arbeiter Gelegenheit bekommen, ihre Ansichten zu äußern.“

Die Gewerbeaufsicht in Preußen 1900.

III. Unfallgefahren und Unfallverhütung.

Die zahlenmäßigen Angaben über die Unfälle im Berichtsjahre sind auch diesmal nur mangelhaft gemacht. Von 6 Bezirken fehlen diese Angaben ganz, während in anderen Bezirken die gemachten Angaben, wie in mehreren Fällen erklärt wird, nur mit Vorsicht aufzunehmen sind. So stellt der Aufsichtsbeamte für Ostpreußen ausdrücklich fest, daß die von ihm angegebenen Unfallziffern „als genaue nicht angesehen werden“ können; der Beamte für Pommern sagt, daß die von ihm angeführten Zahlen „nicht einwandfrei“ seien; der Posener Beamte nennt seine Zahlenangaben „zweifelhaft“, und der Berichterstatter für den Magdeburger Bezirk sagt, daß sie „wenig zuverlässig“ seien. Wie sehr diese Einschränkung am Platze ist, zeigt übrigens der Beamte für den Bezirk Hildesheim, indem er feststellt, daß im Vorjahre aus einem industriereichen Kreise die Unfallanzeigen zeitweise nicht weitergegeben worden sind. Und das, trotzdem die Unternehmer ausdrücklich verpflichtet sind, von jedem Unfall sowohl die Polizeibehörde, als auch die Berufsgenossenschaft in Kenntnis zu setzen, und obwohl wiederum den Polizeibehörden die Verpflichtung auferlegt ist, über sämtliche Unfallmeldungen der Gewerbeaufsichtsbehörde Mitteilung zu machen. Die Gewerbeaufsichtsberichte zeigen nicht davon, daß sowohl die Unternehmer wie die Polizeibehörde ihre diesbezüglichen Pflichten besonders genau wahren.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Unfallziffern, soweit sie in den Berichten angegeben sind, aus den beiden

letzten Jahren nach Bezirken geordnet angegeben. Es wurden gemeldet:

Bezirk	Vorgang der Unfälle in bezug auf die Beschäftigten	Unfälle überhaupt		Zu- oder Abnahme der Unfälle gegen das Vorjahr	Auf 100 Arbeiter	Gründe
		1899	1900			
Ostpreußen	39714	2882	2246	- 636	5,6	
Westpreußen	59001	2437	?	?	?	
Potsdam	105037	5983	6114	+ 131	5,7	
Frankfurt a. d. O.	86205	2643	2839	+ 196	3,2	
Berlin-Charlottenbg.	229228	11987	?	?	?	
Pommern	60467	4699	4743	+ 44	7,8	
Posen	49623	1880	1861	- 19	3,7	
Breslau	125446	5485	6224	+ 739	4,9	
Liegnitz	108996	2227	?	?	?	
Oppeln	116352	?	?	?	?	
Magdeburg	95820	5513	5223	- 290	5,4	
Merseburg	80534	3691	3852	+ 161	4,7	
Erfurt	43325	1140	1208	+ 68	2,7	
Schleswig	71376	2901	3572	+ 671	5,0	
Hannover	82980	?	?	?	?	
Hildesheim	37659	7555	1901	7898	+ 343	4,6
Lüneburg	48703	?	2395	?	?	
Münster	44077	1038	1112	+ 72	2,5	
Minden	51031	1238	1103	- 135	2,1	
Arnsberg	184918	15138	13150	- 1988	7,1	
Kassel	48992	2028	1773	- 255	3,6	
Biesbaden	76959	4226	4217	- 9	5,4	
Koblenz	37034	1304	1125	- 179	3,0	
Düsseldorf	352697	20576	21994	+ 1418	6,2	
Köln	103665	5535	6419	+ 884	6,1	
Erier	52421	3011	?	?	?	
Nachen	68618	3589	3624	+ 35	5,2	
Sigmaringen	3096	42	39	- 3	1,2	

In den Bezirken Westpreußen und Berlin-Charlottenburg hat sich eine erhebliche Verschärfung der Unfallziffer nicht gezeigt. Von den Bezirken Liegnitz, Oppeln und Erier fehlen jede Angaben über die Zahl der Unfälle, so daß es nicht möglich ist, eine Gesamtziffer der Unfallfälle in Preußen für das Jahr 1900 zu geben.

Die obige Tabelle zeigt, daß die Unfallziffer wiederum in 14 Bezirken, zum Theil sogar erheblich, gestiegen ist, während in 9 Bezirken eine Verminderung eintrat und in 2 Bezirken die Unfallziffern sich nicht wesentlich veränderten. Im Vorjahr traten seit 1898 Steigerungen ein in 21 Bezirken, Senkungen in 4 Bezirken, so daß vom Berichtsjahre einige Besserung gegen das Vorjahr zu melden wäre. Erhebliche Steigerungen werden aus Schleswig, Düsseldorf, Köln, und, wie im Vorjahre, aus Breslau gemeldet. Als Grund dieser Vermehrung bezeichnet der Beamte für Schleswig die erhebliche Vermehrung der gefährlichen Betriebe (z. B. der Schiffswerften) und den allgemeinen und weiteren Fortschritt in dem Ersatze von Handarbeit durch Maschinenarbeit. Auch der Beamte für Lüneburg-Stade weiß die Vermehrung der Unfälle nur durch die gesteigerte Thätigkeit auf den Werften und den damit zusammenhängenden Betrieben zu erklären, „weil dieselben aus Mangel an tüchtigen Facharbeitern gezwungen waren, auch ungeübte Leute einzustellen. Das ist auch wohl in anderen Bezirken die Hauptursache der hohen Unfallprozentziffern. Auffällig sind jedenfalls die hohen Prozentziffern aus den Bezirken Ostpreußen, Potsdam, Pommern, Magdeburg, Arnsberg, Biesbaden, Düsseldorf, Köln und Nachen, die sich nur aus diesem Umstande und mit der starken Beschäftigung gerade in den unfallgefährlichsten Betrieben erklären. In einigen Bezirken wird die Verringerung der Unfallziffern auf die geringere Bauthätigkeit, im Bezirk Arnsberg insbesondere — wo übrigens die Gesamtzahl der Unfälle in 5 Inspektionsbezirken zugenommen und nur in 4 Inspektionsbezirken abgenommen hat, hont aber so stark, daß trotz der Zunahme der in Betracht kommenden Arbeiterschaft um 4,1 Prozent, doch eine Abnahme der Gesamtunfallziffer um 4,4 Prozent eingetreten ist. — wird diese Verringerung auf den Rückgang in der Eisen- und Stahlindustrie zurückgeführt. Das durch den vorher herrschenden ungemein flotten Geschäftsgang bedingte Hasten und Drängen mache einem ruhigeren Arbeiten Platz, die Betriebseinrichtungen würden wieder besser überwacht und nicht mehr bis zum Ausgerichten ausgenutzt und der Wechsel der Arbeiter sei erheblich geringer geworden, ungeübte, auch fremdsprachliche Arbeiter würden nicht mehr angenommen oder nach und nach entlassen.

Uebersichtlich zu sagen, daß auch der Profitismus des deutschen Unternehmertums und die allzugroße Gleichgültigkeit desselben gegen alle Fragen des Arbeiterschutzes eine große Rolle spielen. Einige besonders drastische Fälle, wo das Unternehmertum von seiner besten Seite gezeigt wird, haben wir bereits im Einleitungsatitel angeführt. Einige mögen hier nachfolgen. So bemerkt der westpreussische Bericht, daß auf dem Unfallverhütungsgebiet Anordnungen der Aufsichtsbeamten „zum Theil allerdings erst nach Herbeiführung gerichtlicher Strafen durchgeführt wurden. Die große Belegschaft und die engen Verkehrswege in Arbeitsräumen waren wiederholt die Veranlassung zu Unglücksfällen, namentlich in den Werkstätten der inneren Stadt Danzig.“

Im Bezirk Merseburg ist zur Durchführung unfallverhütender Anordnungen der Beamten nur selten die Anordnung von Zwangsmaßnahmen erforderlich gewesen. Im Bezirk Erfurt wurden in 340 Betrieben Schutzvorrichtungen angeordnet. In 5 Fällen mußte hierbei die Hilfe der Polizeibehörde in Anspruch genommen werden. Der Beamte für Hildesheim stellt sogar fest, daß in seinem Bezirk bei den Revisionen in 641 Anlagen Mängel an Schutzvorrichtungen zu Tage traten. Es wurden in 550 Fällen schriftliche Anordnungen erlassen und 23 polizeiliche Verfügungen veranlaßt. Gegen 21 Personen wurde Strafantrag gestellt, 17 Personen wurden polizeilich, 5 gerichtlich bestraft. Und im Regierungsbezirk Minden mußten 16 Personen wegen Ueberlastung der Sicherheitsventile oder Inbetriebnahme nicht genehmigter Dampfessel mit Geldstrafen von M 5—75 bestraft werden. In 4 Betrieben wurden die Kesselwärter übermäßig angestrengt oder in gefahrdrohender Weise mit Nebenarbeiten beschäftigt, in einer Färberei hatte der Kesselwärter 3 große Kessel mit 6 Feuerungen und die Dampfmaschine zu bedienen, in einem anderen Betriebe hatten 2 Heizer 10 Kessel mit 20 Feuerungen zu bedienen und mußten sich auch noch die Kohlen heranschaffen. Bei der Nachrevision einer chemischen Fabrik wurde festgestellt, daß der Kesselwärter an entfernter Betriebsstelle zeitraubende Nebenarbeiten zu verrichten hatte, so daß er infolge Revision der Schwefelsäurekammern und anderer Arbeiten zuweilen 1 Stunde vom Kessel entfernt war.

Über auch den Arbeitern wird von den Beamten in Bezug auf ihre Vethätigung beim Schutz gegen Unfallgefahren kein besonders günstiges Zeugniß ausgestellt. Im Bericht für den Bezirk Ostpreußen heißt es in dieser Beziehung:

„Sin und wieder muß erinnert werden, daß die bei Verbesserung an Maschinen entfernten Schutzvorrichtungen ordnungsmäßig wieder anzubringen sind. Denn gerade solche Vernachlässigungen, die meistens die Arbeiter selbst verschulden, werden nicht selten Ursache von Verunglückungen.“

Ebenso in dem Bericht für den Bezirk Breslau, wo es heißt:

„Ueber das Verhalten der Arbeiter in Bezug auf die Beseitigung der Unfallgefahren führten die Gewerbeinspektoren Klage und wiesen eine Reihe von Unfällen nach, die nur auf Nichtbeachtung von Vorsichtsmaßnahmen, Entfernen von Schutzvorrichtungen, Tragen loser, ungewöhnlicher Kleidung und offener Haare der Arbeiterinnen und dergleichen zurückzuführen waren.“

Vom Berichterstatter des Bezirks Oppeln wird berichtet:

„Der Meister eines in der Inspektion Oppeln besitzenden Sägewerks, das mit Tischlerei verbunden ist, erklärte dem Aufsichtsbeamten, daß es ihm trotz aller Strenge unmöglich sei, die Unfallverhütungsvorschriften durchzuführen, da ihm die Arbeiter rundweg erklärten, sie würden, wenn sie zur Benutzung der Schutzvorrichtung gezwungen würden, die Arbeit niederlegen. Da er die Verantwortung in dem gefährlichen Betriebe nicht weiter übernehmen wollte, erklärte der Meister, lieber auf eine gute Einnahme verzichten und selbst wieder Arbeiter werden zu wollen.“

Mzu großen Weith darf man solchen Aeußerungen nun nicht beilegen, da sie meist nur von Unternehmern inspirirt sind, die ein Interesse daran haben, mit der Arbeitslosigkeit oder Indifferenz des Arbeiters ihre eigene Interesslosigkeit und Indifferenz gegenüber den Fragen des Arbeiterschutzes zu verbrähmen. Besonders wenig tragisch ist jedenfalls die Aeußerung des Meisters aus dem Bezirk Oppeln zu nehmen. Der Mann wird wohl kräftigere Gründe zur Aufgabe seines Geschäftes haben, und wollte man der Sache erst auf den Grund gehen, so würde man finden, daß, wenn die Arbeiter wirklich solchen Widerstand gegen die Anwendung von Schutzvorrichtungen behundet haben, sie wohl recht begründete Veranlassung zu diesem Widerstand haben, die zu verschweigen nur im Interesse des Meisters liegen kann. Wir haben an dieser Stelle schon des Oesteren nachgewiesen, daß der Arbeiter sehr oft nur durch eine außerordentlich ungünstige Gestaltung der Akkordpreise, die ihn zur äußersten Anstrengung seiner Arbeitskraft zwingen, dann aber durch die wenig praktische arbeitshindernde Art der Schutzvorrichtungen von der Anwendung derselben abgehalten wird. Von solchen Gründen schweigt natürlich das solcherart beschwerde führende Unternehmertum und die Beamten sind meist nicht in der Lage, sehr oft bemühen sie sich auch nicht, der Sache auf den Grund zu gehen. Damit wollen wir den Widerstand der Arbeiter gegen Schutzvorrichtungen, wo er unberechtigter Weise hervorgerufen ist, keineswegs beschönigen haben. Nur der Gewerbeinspektor von Merseburg hebt mit Genehmigung hervor, daß Arbeiter selbst auf das Fehlen von Schutzvorrichtungen hingewiesen und gebeten haben, solche vorzuschreiben. Sollte das nicht öfter geschehen sein?

Besonders zahlreich waren auch in diesem Jahre die Unfälle in der Holzindustrie. Das hat nach den Berichten verschiedene Ursachen. So sagt der Berichterstatter für den Bezirk Potsdam darüber, daß in der Holzindustrie in Bezug auf Herstellung von Unfallverhütungsvorrichtungen an den Arbeitsmaschinen ein wesentlicher Fortschritt noch vermisst werde. Zum Theil seien die Kosten solcher Schutzvorrichtungen zumal in kleineren Betrieben merklich höher, dann fehle es aber an solchen

praktischen Vorrichtungen zum unmittelbaren Schutz der maschinell betriebenen Schneidwerkzeuge in der Holzindustrie. Das erstere mag wohl die Hauptursache sein, wenn im Bezirk Lüneburg-Stade die Mehrzahl der Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen sich in kleineren Werkstätten mit Motorbetrieb ereigneten. Das letztere wird auf jene Betriebsanlagen der Holzindustrie des Bezirks Opele zutreffen, wenn der dortige Beamte sagt: „Am wenigsten einsichtsvoll sind die Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen. Die von dem Betriebsunternehmer angeschafften Schutzmittel sind ihnen zu unbequem; häufig hört man Klagen von Meistern und Aufsehern darüber, daß die Arbeiter die zu ihrem Schutze an den Maschinen angebrachten Vorrichtungen entfernen.“ Dieser Meinung giebt übrigens der Beamte für Breslau Ausdruck, wenn er sagt: „Es wäre zu wünschen, daß für die außerordentlich gefährlichen Abriechhobelmaschinen eine wirklich praktische, den Arbeiter nicht behindernde Schutzvorrichtung für die Messerrolle erfunden würde.“ Ein weiterer Grund liegt wohl auch in der nichtfachmännischen Leitung vieler Industrieanlagen. Von einem dadurch veranlaßten Unglücksfall wird aus Deutchen berichtet: Dort zog sich ein Arbeiter in einer Dampfischlerei infolge Fehlens des Schuttringes an der Tischkreisse Fingerverletzungen zu, was der nichtfachmännische Besitzer mit einer Geldstrafe und dauernder Rentenzahlung büßen mußte. Für diese Unterlassung ist eigentlich eine Rhein. Maschinenfabrik, welche die Kreisse geliefert hat, als intellektuelle Urheberin verantwortlich zu machen. Diese schrieb dem Abnehmer, als er anfragte, ob etwa Schutzvorrichtungen an seinen Holzbearbeitungsmaschinen notwendig seien: „Die meisten Schutzvorrichtungen sind unwirksam und gefährden den Arbeiter mehr als sie denselben schützen. Verschiedene Gewerbeinspektionen ordnen jedoch Schutzvorrichtungen an und müssen dieselben dann nach ihren Angaben angefertigt werden.“ Natürlich unterblieb infolgedessen zunächst die Anbringung der Schutzvorrichtungen, bis das Unglück geschehen war. Der Vorgang zeigt, in welcher unverantwortlichen Weise mit dem Leben des Arbeiters umgesprungen wird.

Auf alle Unfälle, die in den Berichten angeführt werden, einzugehen, dürfte für den Raum unserer Zeitung zu weit führen. Wir wollen deshalb nur von den Unfällen in Holzbearbeitungsbetrieben, auf die wir später zurückzukommen gedenken, folgende anführen: Aus dem Bezirk Frankfurt a. d. O. wird berichtet, daß ein 500 mm im Durchmesser haltendes Kreissägeblatt, weil es aus schlechtem Material bestand und an verschiedenen Stellen Schalen im Stahl aufwies, bei dem Schneiden leichter Ratten in vier Theile zersprang. Der die Säge bedienende Arbeiter kam glücklicher Weise mit einem leichten Unfall davon. Im Bezirke Breslau verunglückte ein Arbeiter an einer Abriechhobelmaschine, weil die Temperatur im Arbeitsraum so niedrig war, daß er mit seinen erstarrten Händen von dem Werkstück in die Messerrolle abrutschte. Nun, da das Unglück passirt war, richtete der Tischlereibesitzer auf Veranlassung des Gewerbeinspektors Dampfheizung ein. Im Bezirk Merseburg führte erst der Unfall, in der Tischlerei einer Maschinenfabrik, wo ein Arbeiter, leichtsinnigerweise einen zerrißenen, auf der Transmissionswelle aufgewickelten Treibriemen während des Ganges der Maschinen entfernen wollte, dazu, daß Vorschriften über Ausrücken und Abstellen der Transmission erlassen wurden. In einer Parketfabrik wurde ein Meister, der eine heißgelaufene Transmission während des Ganges der Maschinen ölen wollte, von der Welle erfaßt und getödtet. Der Gewerbeinspektor in Bochum berichtet, daß in seinem Bezirk eine größere Anzahl von zum Theil schweren Unfällen wiederum durch Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern an gefährlichen Arbeitsmaschinen, wie Abriechhobelmaschinen, Metallscheeren, oder durch mangelnde Anweisung der jungen Leute veranlaßt worden sei. Bemerkenswerth ist, daß in 5 gleichartigen Holzbearbeitungsfabriken (Uhrgehäuse und dergl.) des Bezirkes Erfurt mit annähernd gleichartiger Durchführung von Schutzvorrichtungen sich die größten Unterschiede in der Unfallziffer ergeben, welche 16 Prozent, 9,1 Prozent, 2,5 Prozent, und 1,7 Prozent ihrer jedesmaligen Gesamtarbeiterzahl betragen.

Die Zahl der Unfälle mit tödtlichem Ausgange erfuhr in 9 Bezirken eine Vermehrung; in 7 Bezirken sind die tödtlichen Unfälle zurückgegangen, in 2 Bezirken ist sie gleich geblieben, während in den übrigen Bezirken Angaben nicht gemacht oder Vergleiche nicht möglich sind.

Die Unfallgefahr an Holzbearbeitungsmaschinen.

Ueber obiges Thema hielt Herr Dr. Eppstein in München in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung einen interessanten Vortrag, der hier auszugsweise wiedergegeben werden soll.

Redner führte u. A. aus, daß von allen Gefahren, die den Arbeiter bedrohen: den Gefahren der Krankheit, der schlechten Entlohnung, der Arbeitslosigkeit u. die Unfallgefahr eine der gefürchtetsten sei. Die Zahl der durch die Maschinen Verunglückten sei im steten Steigen begriffen, und nach den amtlichen Berichten zeichne sich ganz besonders die bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft aus. Es sei

ein großes Verdienst für die Gewerkschaften, wenn sie Untersuchungen anstellen, sowohl im Interesse der Arbeiter als auch in dem der Industrie. Die Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen sind 3 bis 4 Mal so groß als in der übrigen Industrie, und ist es besonders in unserer wirtschaftlich so schlechten Zeit schwierig, den Verunglückten in anderen Berufen Unterkunft zu verschaffen, da genug gesunde Leute vorhanden sind. Der Arzt weiß auch, daß Arbeiter, die längere Zeit krank sind, unmöglich mit ihrem Krankengeld auskommen können und daß eine längere Erwerbsbeschränkung für sie über Monate und Jahre hinaus fühlbar ist. Die Frage nach den Ursachen der Unfälle an den Holzbearbeitungsmaschinen ist von der Münchener Unfallkommission ganz richtig mit der Frage verbunden worden, an welchen Maschinen die Unfälle passirt sind, und es hat sich gezeigt, daß in erster Reihe die Kreissäge steht, daß in 33 pZt. die Kreissäge die Ursache der Unfälle ist. Nach ihr kommt die Fraismaschine mit 27 pZt., alsdann folgt die Abriechmaschine und die Bandsäge usw. Allen diesen Maschinen gemeinsam ist die große Schnelligkeit, mit der sie arbeiten, und die große Nähe, in die die Hände und Finger des Arbeiters zum Schneidwerkzeug gelangen. Der Arbeiter ist kein automatisches Werkzeug und auch die psychologischen Momente, daß der Arbeiter oft mit der Sorge um ein krankes Kind oder eine kranke Frau die Werkstätte betritt, sind zu berücksichtigen, bevor man sich dazu entschließt, den Arbeiter des Leichtsinns zu zeihen. In 69 pZt. der Unfälle nun sind Schutzvorrichtungen garnicht oder nur mangelhaft vorhanden gewesen. Auch die Akkordarbeit ist mit eine Ursache häufiger Unfälle. Es giebt sehr wohl geeignete Schutzvorrichtungen, deren Anschaffung ist aber von größeren Kosten begleitet, und daher fehlen dieselben in so vielen Fällen. Auch ist von Gewerbeaufsichtsbeamten betont worden, daß vielfach vorhandene Schutzvorrichtungen von den Arbeitern nicht benutzt werden. Ebenso ist bei den Ursachen der Unfälle von Bedeutung, daß oft ungelernete Arbeiter an den Maschinen stehen, und hat die Münchener Statistik nachgewiesen, daß nur 50 pZt. der Verletzten gelernte Maschinenarbeiter waren. Auch der häufige Arbeiterwechsel innerhalb der Betriebe ist von Einfluß auf die Zahl der Unfälle. Die Arbeiter innerhalb des Betriebes zu erhalten, liegt sowohl im Interesse der Arbeiter als der Arbeitgeber, deren Produktionskraft dadurch bedeutend erhöht wird. Auch der mangelhafte Schutz gegen die Witterung zwingt oft die Arbeiter, mit vor Frost steifen, ungelenteten Gliedern zu schaffen, was eine Vermehrung der Unfallgefahr bedeutet. Es ist Forderung einer Werkstätten-Hygiene, genügend Licht, Luft und Raum zu schaffen, eine unerläßliche Forderung zur Vermeidung von Unfällen und Erkrankungen. Redner wünscht die Aufstellung von Betriebskrankentassen-Statistiken, wodurch leicht festgestellt werden könnte, daß dort, wo die meisten Unfälle passiren, auch die größte Erkrankungsziffer vorhanden ist. Durch eine solche Untersuchung würde die Krankentasse eine Kontrolle der Betriebe gewinnen. Wenn sie mit diesem Material den Berufsgenossenschaften gegenüberstehen, würden diese sich nicht einem Eingreifen entziehen können. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit würde eine Verminderung der Unfälle herbeiführen und zeigt Redner an Tabellen die Unfallhäufigkeit an den Wochentagen und den Stunden des Tages. Redner schließt damit, man solle kein Mittel scheuen, wenn es gilt, Missethände aufzudecken. (Heißer Beifall.) Nach einer längeren Diskussion, in der besonders eine über das ganze Reich sich erstreckende Enquete seitens der Zentralorganisation besprochen wurde, fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme: Die Versammlung erklärt ihr vollständiges Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten und stellt fest, daß die Hauptschuld an den häufigen Unfällen die Außerachtlassung der nothwendigsten Schutzvorrichtungen trage, wodurch die Arbeiter schweren Verletzungen preisgegeben werden. Die Versammlung erwartet, daß die maßgebenden Behörden, insbesondere das Landesversicherungsamt und die Fabrilinspektion ihren Einfluß auf die Berufsgenossenschaft geltend machen, um eine energische Ueberwachung der in Frage kommenden Betriebe zu veranlassen. Die Versammlung erwartet, daß seitens der Organisation eine über das ganze Reich sich erstreckende Enquete über die Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen veranstaltet wird.

Die Beschlüsse des Holzindustriellenverbandes und der Tischler-Zwangsinnung von Leipzig.

In einer sehr stark besuchten Tischlerversammlung wurde Stellung zu den Beschlüssen obiger Organisationen genommen. In einer am 21. Oktober abgehaltenen Versammlung der Tischlerzwangsinnung erklärten sich die Tischlermeister mit dem Beschluß der Holzindustriellen solidarisch durch folgenden Beschluß:

„Der Verband der Holzindustriellen im Bezirk Leipzig und die Tischler-Zwangsinnung zu Leipzig beschließen, den Paragraphen der Arbeitsordnung, den Stundenlohn bei Akkordarbeit zu garantiren, wo derselbe besteht, aufzuheben und als ungültig zu erklären, dies in den Tagesblättern „Leipziger Tageblatt“ und „Leipziger Neueste Nachrichten“ zu veröffentlichen und dem Gewerbegericht zu Leipzig zu unterbreiten.“

Da aber zu dieser Versammlung der Gesellenausschuß nicht eingeladen war, wozu der Vorstand der Zwangsinnung laut Statut verpflichtet ist, so wurde am 23. Oktober eine weitere Versammlung einberufen, zu welcher der Gesellenausschuß geladen und auch erschienen war.

In dieser Versammlung wurde nach lebhafter Debatte, bei welcher es öfter zu persönlichen Differenzen unter den Innungsmeistern kam, folgender Beschluß gefaßt:

Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, den Beschluß vom 21. Oktober den Arbeitern seines Betriebes bis zum 25. Oktober zu unterbreiten, und diejenigen, welche sich nicht fügen, zu entlassen. Ferner sind alle diejenigen Streitenden bzw. noch in den Streik eintretenden Gesellen, sofern dieselben bis spätestens Freitag, den 26. Oktober, früh, an ihre soweit noch offenen Plätze nicht zurückgekehrt sind, auf sechs Monate von der Einstellung in die Betriebe des Verbandes, sowie der Innung auszuschließen.“

Auf diesen Beschluß hin ließ die Verwaltung und Sektionsleitung der Tischler Handzettel anfertigen und den Werkstätten delegirten zustellen, damit durch dieselben die Maßnahmen des Arbeitgebers jeder Werkstatt auf den Handzettel, der dem Beant-

wortung der vorgebrachten Fragen festgestellt wurde. Bis Sonnabend Abend war das Resultat: in 38 Betrieben mit 691 Arbeitern ist seitens des Arbeitgebers nichts von den Beschlüssen des Holzindustriellenverbandes und der Tischler-Zwangsinnung mitgetheilt worden, unter diesen Betrieben befinden sich alle Möbelfabriken, sowie einige größere Bauwerkstätten. Da nun aber selbst der Obermeister der Innung nichts unterbreitet hat, kann man wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß die Herren glauben, indem sie im „Leipziger Tageblatt“ und „Leipziger Neueste Nachrichten“ ihre Beschlüsse unterbreiten haben, dieselben rechtsverbindlich seien. Diese Bekanntmachung lautet:

Bekanntmachung

des Verbandes der Holzindustriellen, Bezirk Leipzig, und der Tischler-Zwangsinnung, Leipzig.

Bei der im Hochsommer 1899 von den Tischlergehilfen der Bau-, Möbel- und Galanteriebranche, soweit sie Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes waren, heraufbeschworenen Lohnbewegung ist es ihnen gelungen, nachdem sie in verschiedenen Betrieben die Arbeit niedergelegt hatten, u. A. auch folgende Forderung auf unbestimmte Zeit bewilligt zu erhalten: „Garantie des Stundenlohnes auch bei Akkordarbeiten.“

Diese Forderung hat sich bald als für den Arbeitgeber unhaltbar erwiesen, da er selbst für ungenügende und selbst unbrauchbare Akkordarbeit den garantirten Lohn zahlen mußte. Trozdem hatten die Arbeitgeber bisher geögert, an die Aufhebung dieser Forderung heranzutreten.

Seit nun, zu einer Zeit, wo Industrie, Handel und Gewerbe so darneber liegen, und jeder Arbeitgeber mehr oder weniger schwer um seine Existenz zu kämpfen hat, gehen die Tischlergehilfen des Deutschen Holzarbeiterverbandes darauf hinaus, diesem fraglichen Paragraphen weiteren und nachhaltigeren Ausdruck zu verschaffen. Der Anfang war zunächst in der Firma F. A. Schütz gemacht worden, und da diese Mitglied des Verbandes der Holzindustriellen für Leipzig und Umgebung ist, machte der Verband die Sache zu der seinigen und hob durch einstimmigen Beschluß den verschiedenen Betriebe (allgemeine Anerkennung hatte er 1899 überhaupt nicht gefunden) so drückenden Paragraphen auf und faßte in Gemeinschaft mit den Vertretern der Tischler-Zwangsinnung folgenden Beschluß:

„Der Verband der Holzindustriellen im Bezirk Leipzig und die Tischler-Zwangsinnung zu Leipzig beschließen, die im Jahre 1899 von den Tischlergehilfen von verschiedenen Betrieben der Bau-, Möbel- und Galanteriebranche erzwungene Anerkennung ihrer Forderung, die Garantie des Stundenlohnes bei Akkordarbeit betreffend, wo dieselbe bisher bestand, aufzuheben und von heute ab für ungültig zu erklären, diesen einstimmigen Beschluß im „Leipziger Tageblatt“ und in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu veröffentlichen und dem Gewerbegericht zu unterbreiten.“

Der Verband wie die Innung glaubt sich um so mehr zur Aufhebung dieses Paragraphen berechtigt, als damit durchaus keine pekuniäre oder wirtschaftliche Schädigung des Arbeiters verknüpft ist; die Arbeitgeber wollen sich nur vor ferneren unberechtigten Forderungen minder tüchtiger Kräfte schützen.

Weiter wurde von dem Verbands der Holzindustriellen und den Vertretern der Tischler-Zwangsinnung einstimmig Beschluß gefaßt, diejenigen streikenden bzw. noch in den Streik eintretenden Gesellen, sofern dieselben bis spätestens Freitag, den 25. Oktober cr., früh, an ihre soweit noch offenen Plätze nicht zurückgekehrt sind, auf 6 Monate von der Einstellung in die Betriebe des Verbandes, sowie der Innung auszuschließen.

Leipzig, den 22. Oktober 1901.

Tischler-Zwangsinnung zu Leipzig.

C. F. Sievers, Obermeister.

Verband der Holzindustriellen, Bezirk Leipzig.

Dr. Adam Stoll, Vorsitzender.

Sollte nun das Leipziger Gewerbegericht sich bei einem eventuellen Prozesse auf die Seite der Unternehmer stellen und die Beschlüsse der Unternehmer durch Veröffentlichung in den Tagesblättern bittigen, nun, dann wäre uns für die Zukunft eine neue und einfache Taktik bei Lohnforderungen gegeben, die Verwaltung würde dann einfach in ihrer Sitzung und darauf die Tischler Leipzig in öffentlicher Versammlung beschließen, daß der Lohn um 5 oder 10 % erhöht, die Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag verfürzt wird, diesen Beschluß dann in den Tagesblättern veröffentlichen, und damit hätte sich die Lohnbewegung erledigt, es brauchte dann nur jeder Arbeitgeber verklagt zu werden beim Gewerbegericht, wenn er sich weigerte, den neuen Bestimmungen gemäß, zu bezahlen oder arbeiten zu lassen.

Ein längerer Kampf wird sich noch bei der Firma „Kunstholzwerke“, Inhaber Schlobach, abspielen, da Herr Schlobach alle Verhandlungen mit der Verwaltung und den Arbeitern seines Betriebes abgelehnt hat; dies war bereits in einem Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht worden; darob war Herr Schlobach so erboht, daß er schlenigst eine „Ehrenerklerung“ diktirte und dieselbe zur Unterschrift und Veröffentlichung dem Arbeiterverein zuhandte.

Dieser Brief lautet:

An die Firma Franz Schlobach in Böhlig-Ohrenberg.

Wir, die Mitglieder des Arbeitervereins von Böhlig-Ohrenberg, bestätigen hierdurch, daß wir von dem Inhalt des Artikels in der „Leipziger Volkszeitung“ in der Nummer vom 19. ds., die Fabrik Franz Schlobach in Böhlig-Ohrenberg betreffend, nichts wissen; da unser Mitglied des Vereins, Herr Baumann, Arbeiter in der Fabrik Franz Schlobach, ebenfalls nichts davon weiß, stellt sich der Inhalt des Artikels als eine ganz gemeine Lüge und Verleumdung heraus, was wir hierdurch ebenfalls im Namen des Vereins bestätigen. Böhlig-Ohrenberg, am 21. Oktober 1901.

Vorstehendes war mit der Schreibmaschine geschrieben. Handschriftlich setzte er noch die Bemerkung darunter: So will ich das haben.

Der Arbeiterverein zu Böhlig-Ohrenberg.

gez.: S. Müller, 1. Vorsitzender.

„Baumann, 2.

„Mitglied Aug. Baumann.

Der Vorstand des Arbeitervereins ging auf eine derartige Zummthung nicht ein, sondern sandte Herrn Schlobach folgenden Brief:

M. 481,12). Die niedrigste Offerte mit M. 377,18 wurde aber berücksichtigt.

Es ist beim Submissionswesen Vieles verbesserungsbedürftig, vor allen Dingen müssen die submittierenden Handwerker aber zunächst bei sich selbst anfangen zu bessern, wenn es besser werden soll.

Feststellung der Arbeitslosigkeit. Auf Anregung des preussischen Ministerpräsidenten von Bülow soll, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet, beschlossen worden sein, durch die Oberpräsidenten Erhebungen anzustellen „über die Ausdehnung, welche die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Provinzen bereits angenommen hat, über die schon herorgetretenen oder noch zu gewärtigenden Mißstände und über die Maßnahmen, die diesen gegenüber, insbesondere auch unter Mitwirkung der kommunalen Verbände, zu ergreifen sind.“

In Bayern und Baden sind gleichfalls Erhebungen veranlaßt worden. In ersterem Staate durch die Fabrikinspektoren. Sehr mit Recht bemerkt der „Vorwärts“:

„Dieses Vorgehen der Regierungen ist gänzlich unzulänglich.“

Diese angeordneten Erhebungen durch die Behörden können keine auch nur annähernd genauen Feststellungen des Umfanges der Arbeitslosigkeit ergeben. Es wäre eine sorgfältige Arbeitslosenstatistik aufzunehmen, deren Vorbereitung freilich längst hätte in die Wege geleitet sein müssen. Wir haben diese Forderung schon vor vielen Monaten, als die wirtschaftliche Krise zuerst um sich griff, erhoben, doch damals blieb die Regierung taub; jetzt ist es zu spät, gründliche Arbeit zu befehlen.

Ebenso ungenügend ist der Hinweis auf die Abhilfe durch die kommunalen Verbände. Wollen die Regierungen die Pflichten des Staates und des Reiches gänzlich auf die Kommunen abwälzen? Vor Allem ist das Reich verpflichtet, endlich, in dieser Zeit wachsender Arbeitslosennot, die Forderungen des Reichs-Arbeitsnachweises und des einbringlichen Arbeitersehns, insbesondere des achtstündigen Arbeitstages zu erfüllen.

Hat die Reichsregierung nur dann gefeßgeberischen Eifer, wenn es gilt, die Arbeitenden und die Arbeitslosen zu Gunsten der Kornhändler zu belasten? Hat sie für die Notleidenden und Hungernden des Proletariats nur unzulängliche Erhebungen und ausichtslose Verträge?

Was ein französischer Richter bei einer Preisverteilung zu Realschülern sagt. Die französische Presse hat sich lebhaft mit einem bemerkenswerten Fall beschäftigt, der das allmähliche Eindringen sozialistischen Geistes in den Richterstand beweist, und der die Wächter des Bestehenden ungleich mehr beunruhigt, als die sozial-humanen Urtheile des berühmten gewordenen Gerichtspräsidenten Magnaud in Chateau-Thierry. Noch schwerer als dieser hat sich gegen die kapitalistische Gesellschaft veründigt der Vorsitzende des Zivilgerichtes in Beauvais, Lamarche. Als offizieller Redner bei der Preisverteilung in der Realschule sprach der wohlbestallte Richter über das „große soziale Problem“ wie folgt:

„Dieses große Problem besteht, es drängt sich gebietend auf. Seine Lösung darf nicht verschoben werden, denn das wäre eine erbarmungslose Herausforderung all der Unglücklichen, die müde sind, ihr Brot mit Schweiß und Thränen zu begießen, vom Leben nur das Leid zu kennen, während die von ihnen bereicherten Kapitalisten einen frechen Luxus zur Schau stellen und zum Volke eine Geldaristokratie aufdrängen, die viel ungerader ist, als jene Aristokratie von einst, die immerhin noch gewisse Ueberlieferungen glorreicher Vorfahren achtete. Die hohe Bourgeoisie, die als die herrschende Klasse den Adel ersetzt hat, stützt sich bloß auf „ihr Geld“, dieses gemeine Geld, das nun überall als Maß dient. Wir hoffen, meine Jungen, daß dank Euch dieses niedrige Regime des Geldes, die Plutokratie, bald ein Ende nehmen werde. Mit Eurer zu neuem Leben erwarteten Generation bricht ein anderes Regime an. Die alte Gesellschaft stürzt zusammen unter der Last ihrer monströsen Ungerechtigkeiten. Reformen her! Dies der unermeßliche und furchtbare Gerechtigkeitssehns von Millionen von Arbeitern.“

Was würde in Deutschland dem Manne bevorstehen, der es wagen würde, sich in so freimüthiger Weise über den Geldsack zu äußern wie jener französische Richter Lamarche?

Ergebnis der Arbeitslosen-Zählung am 16. August.

Nach der nunmehr vorliegenden Zusammenstellung haben 530 Zahlstellen insgesamt 48 685 ausgefüllte Zählheine eingesandt.

Gegenüber der Zählung am 15. Februar, an welcher sich 52 703 Mitglieder aus 551 Zahlstellen beteiligt hatten, ist hiernach leider ein nicht unbedeutender Rückgang der Beteiligung zu verzeichnen.

Arbeitslos waren am 16. August 1388 Mitglieder, oder 2,8 pZt. der beteiligten Mitglieder überhaupt. (Am 15. Februar: 2651 Arbeitslose, oder 5 pZt.)

Diese 1388 arbeitslosen Mitglieder waren am 16. August insgesamt 28 405 Arbeitstage (Sonntage sind abgerechnet) außer Beschäftigung und Verdienst. (Am 15. Februar: 73 799 Tage.)

Für den Einzelnen betrug die Arbeitslosigkeit rund 20 Arbeitstage. (Gegen 28 Tage am 15. Februar.)

Nach den Einzelfällen zusammengefaßt, waren arbeitslos:

	Arbeitslose		Prozent	
	16. August	15. Februar	16. August	15. Februar
über 1 bis 2 Wochen	549	811	39,7	30,8
„ 2 bis 3 „	219	324	15,8	12,4
„ 3 bis 4 „	125	199	9,0	7,6
„ 4 bis 5 „	90	182	6,5	7,0
„ 5 bis 6 „	82	195	6,0	7,4
„ 6 bis 7 „	69	160	5,0	6,1
„ 7 bis 8 „	68	107	4,2	4,0
„ 8 bis 12 „	80	217	2,2	8,9
„ 12 bis 18 „	113	296	8,2	11,3
über 18 Wochen	47	138	3,4	5,2

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß nicht nur die Zahl der Arbeitslosen am 16. August erheblich geringer war, sondern daß auch die Arbeitslosigkeit im Einzelfalle nicht von der gleichen Dauer war, als bei der Zählung im Februar.

Unsere gleichzeitige Feststellung der Arbeitslosigkeit innerhalb der letzten sechs Wochen vor dem 16. August ergab nach vorläufiger Zusammenstellung 2707 Arbeitslose mit 26 294 in diese Zeit (5. Juli bis 15. August) fallenden arbeitslosen Tagen.

Weitere Veröffentlichungen erfolgen nach Fertigstellung in späteren Nummern.

Stuttgart, den 26. Oktober 1901.

Der Verbandsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Wie wir nachträglich erfahren, hat der „Verband der Möbelpolierer“ in Berlin vor einiger Zeit an die Gewerkschaftskartelle ein Zirkular versandt, welches den Zweck verfolgt, die Möbelpolierer allerorts zum Anschluß an den Berliner Verband, welcher kürzlich seinen Titel in „Verband der Möbelpolierer Deutschlands“ umgeändert hat, zu bewegen.

Darauf sind uns in den letzten Tagen von vielen Zahlstellen Anfragen zugegangen, welche Stellung die seither unserem Verbands angehörenden Polierer dem Vorgehen der Berliner gegenüber einnehmen sollen, resp. sind wir von den verschiedensten Seiten ersucht worden, diesen Zerplitterungsversuchen des Berliner Verbandes gütlich entgegen zu treten.

Wir erklären hierauf, daß der Lokalverein der Möbelpolierer in Berlin seit Jahren mit uns in kollegialer Weise verkehrt hat. Von seiner Absicht jedoch, sich zu einem Zentralverband umzugestalten, erhielten wir keine Kenntnis; wie uns ja auch seine jetzige Agitation erst durch Dritte bekannt wurde.

Da nun die Möbelpolierer Deutschlands mit den übrigen Möbelarbeitern (Tischlern etc.) seit Bestehen des Holzarbeiter-Verbandes diesem als Mitglieder angehören, so qualifiziert sich allerdings die beabsichtigte Gründung einer Konkurrenz-Organisation, als ein Zerplitterungsversuch, welchen wir Namens unseres Verbandes und im Interesse der Möbelpolierer selbst entschieden zurückweisen müssen.

Wenn der Berliner Verband in seinem Zirkular sich jetzt auf unser Reglement beruft, nach welchem die Angehörigen solcher Verufe, für welche eine besondere Organisation besteht, stets an diese verwiesen und nicht bei uns aufgenommen werden sollen, so erwidern wir darauf, daß mit dem gleichen Recht auch zum Beispiel der kleine Lokalverein der Tischler, welcher sich in Berlin neben unserer Zahlstelle des Daseins freut, verlangen könnte, daß wir ihm nun alle Tischler zur Aufnahme zuweisen sollten. Ebenso unrichtig ist auch die Behauptung in dem Zirkular, daß die Polierer in unserer Jahresstatistik unter den „diversen Verufen“ gezählt würden. Wenn unsere Statistik den Verufen der Polierer bisher nicht gesondert aufzählt, so deswegen, weil die Polierer selbst sich zumeist zu den Tischlern rechnen, bei welchen sie deswegen auch von uns bisher gezählt wurden.

Für den Verufen der Möbelpolierer bestand bis 1893 der Tischler-Verband und besteht seit 1893 der Holzarbeiter-Verband. Die Berliner Kollegen sollen nach wie vor das Recht haben, ihre Sonderorganisation für Berlin selbst aufrecht zu erhalten, wenn sie aber jetzt ihre Sonderorganisation, welche aus der Gegnerschaft gegen die Zentralisation an sich geboren war, auf unsere Kosten zu einem eigenen Zentralverband ausgestalten möchten, so müssen wir unsererseits dies Vorhaben ebenso höflich als entschieden ablehnen.

Der Zahlstelle Neuwied wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. November d. J. einen Lokalbeitrag von 10 M pro Monat neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Desgleichen wird der Zahlstelle Wieblingen hiermit die Genehmigung erteilt, ab 1. November d. J. einen Lokalbeitrag von 5 M pro Woche zu erheben. Die Mitglieder in Wieblingen haben demnach vom 1. November ab einen Wochenbeitrag von insgesamt 30 M zu entrichten.

Die erste Auflage des Briefstaschen-Almanach ist bergreifen. Für weitere Bestellungen setzen wir als äußersten Termin hiermit den 10. November fest. Später einlaufende Bestellungen müssen alsdann unberücksichtigt bleiben.

An die reisenden Mitglieder müssen wir das Ersuchen richten, bei Ankunft in einer Zahlstelle nicht in die Wohnung des Bevollmächtigten, sondern zur Herberge zu gehen und aus dem daselbst aushängenden Verbandsplakat die Adresse des Auszahlers der Reiseunterstützung, sowie dessen Sprechzeit zu entnehmen. Die Klagen der Bevollmächtigten, daß sie durch den Zulauf der Reisenden sowohl beim Hauswirth als beim Arbeitgeber geschädigt würden, wehren sich damit,

daß wir die reisenden Mitglieder dringend bitten müssen, obige Vorschrift in Zukunft strikte zu befolgen.

An die Lokalbeamten richten wir die Bitte, bei Materialbestellungen den Unterschied zwischen Kassensbuch (zum Eintragen der Einnahmen und Ausgaben) und Mitgliederliste (zum Eintragen der Mitglieder und deren Beiträge) zu beachten. Oft laufen Bestellungen ein auf ein neues „Kassensbuch“, worunter natürlich beide Bücher verstanden werden können, oft aber wird auch ausdrücklich ein „Kassensbuch“ bestellt, und doch hatte der Besteller eine „Mitgliederliste“ haben wollen. Man bestelle also fortan stets deutlich „Mitgliederliste“ oder „Kassensbuch“.

Stuttgart, den 26. Oktober 1901.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

23. Gau. Vorort Stuttgart.

Wir befragen unsere Zahlstellen, ob es ihnen erwünscht sei, den Gautag, wie im Vorjahr, wieder am zweiten Weihnachtstagsfesttag abzuhalten. Die eingegangenen Antworten lauteten durchweg zustimmend. Deshalb wird der Gautag in Stuttgart am 26. Dezember im Gewerkschaftshaus, um 10 Uhr beginnend, stattfinden. Die Tagesordnung wird später bekannt gemacht. Wenn im Vorjahr zwei Zahlstellen nicht vertreten waren, so hätten wir in diesem Jahr der wirtschaftlichen Krise den lebhaften Wunsch, daß jede Zahlstelle vertreten ist. Kollegen! Ihr alle wünscht die Vorwärtsentwicklung unseres Gaus; dann ist es aber auch notwendig, daß alle Zahlstellen bei der gemeinsamen Beratung vertreten sind.

J. A.: G. Raub.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Bretten. In der hiesigen Bürsten- und Pinselabrik des Herrn Molitor herrschen ganz unhaltbare Zustände. In dieser Fabrik sind zirka 40 Arbeiter beschäftigt, darunter zwei Drittel ungelernete erwachsene und jugendliche Arbeiter aus der Umgegend. Die Löhne sind sehr niedrig. Einem gelernten Pinselmacher aus Nürnberg gab Herr M. am ersten Zahltag als Wochenlohn M. 15. Damit gab dieser sich nicht zufrieden, und bekam daraufhin noch M. 3 Zulage. Herr Molitor sagte bei dieser Gelegenheit: „Wir sind hier nicht in Nürnberg, sondern in Bretten, wo man auch viel billiger lebt.“ Nun, das weiß Herr M. aus eigener Erfahrung jedenfalls nicht. Die allernotwendigsten Ausgaben für Kost und Logis betragen hier rund M. 9,50. Dazu kommen Ausgaben für Wäsche und andere notwendige Gebrauchsgegenstände; was bleibt denn dann noch von M. 14 oder 15 übrig? Herr M. meinte dann weiter, er wolle Nürnberger Preise einführen, was nach seinen späteren Anordnungen doch nur ironisch gemeint gewesen sein kann. Ein sogenannter Vorarbeiter Höret aus Nürnberg, der Obermeister Odenwalder und der Vorarbeiter Zoller machten sich an die Arbeit, und das Resultat derselben war anstatt eine Erhöhung eine Reduzierung der bisherigen Preise. Die Vorstanzurichter, meistens Leute vom Lande, verdienen gleichfalls sehr wenig; als ihnen gesagt wurde, daß es unrecht sei, sie so abzuspitzen, und daß es nicht eher besser würde, als bis sie mit ihren übrigen Mitarbeitern gemeinsam, gestützt auf eine starke Organisation, einmal mit dem Herrn Molitor ein ernstes Wortchen reden würden, das begriffen Mehrere und ließen sich als Mitglieder in den Holzarbeiterverband aufnehmen. Diesen Umstand nahm Odenwalder zum Vorwand in höhnischer Weise zu fragen: „Na, Ihr habt ja nun einen Verband, wann wollt Ihr denn streiken?“ Herr O. hat ganz vergessen, daß auch er 7 Jahre als Gehülfe arbeitete, die Vorstanzurichter auf die Bank geworfen und geschimpft hat über die schlechten Preise. Seit er berufen ist, von höherer Warte aus die Herabsetzung der Preise anzurufen und außerdem sich die Ungehörigkeit herausnimmt, die Arbeiter zu verhöhnen und zu verpöbeln, ist das anders geworden, da vergißt man leicht, wie man selbst einmal getreten wurde. Herrn Molitor rathen wir, gegen die einheimischen Arbeiter, die doch auch Menschen sind, sich etwas anständiger zu bewegen und sie nicht mit Schimpfnamen zu belegen, die die Leute nicht verdienen. Ein Arbeitgeber hat zwar das Recht, die Arbeiter auszubeuten, aber das Recht, sie zu beleidigen und zu beschimpfen, hat er nicht. Das merken Sie sich, Herr Molitor. Wenn Sie heute auch erklären, daß es während Ihrer 21jährigen selbstständigen Praxis ohne einen Gewerkschaftsverband in Ihrer Werkstatt ging und auch für die Folge ohne einen solchen gehen sollte, so werden Sie sich — nachdem Sie gemeinsam mit Ihren Machern für die größte Unzufriedenheit unter Ihren Arbeitern gesorgt haben — schon damit abfinden müssen, daß auch entgegen Ihrer selbstherrlichen Willensäußerung, die Arbeiter sich zwecks Abwehr der Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage, ungewisser Verhandlung und Beilegung in einer Organisation zusammenschließen. Die Arbeiter Ihrer Fabrik werden Ihnen bei passender Gelegenheit beweisen, daß es ihnen ernst ist.

Eckernförde. Es werden die Tischler Riels gewarnt vor einem „feinen“ Kollegen, Namens Franz Schär, aus Stettin, derselbe ist hier aus einem bestimmten Grunde seines Vertrauenspostens entbunden worden. In einer Werkstatt, wo zwei Kollegen M. 19 bezog, 20 Lohn erhalten, bot sich Sch. für M. 17 an, wurde aber trotzdem vom Meister hinausgeschmissen. Jetzt ist er in Kiel und wird dort Gastrollen geben wollen. Also Vorsicht!

Eingekandt.

An den Redakteur des „Chaisen- und Wagenbau“ in München.

Das technologische praktische Wagenbaukunst-Journal des Herrn Weitingen in München scheint jetzt schwer an Abonnentenschwund auch in den Kreisen der Wagnermeister

und Wagenfabrikanten, in denen der Herr Redakteur auch nur verkehrt, zu leiden. Ist auch gar nicht zu verwundern bei der technologisch-praktischen Leitung des Blattes. Ansonsten würde sich Herr Meitinger jetzt nicht an die Gesellen wenden zur Abnahme seiner Kunst, und was für eine Kunst! Das haben wir Münchener Wagnergefellen, als wir die uns von ihm zugesandte Nr. 10 seiner „Wagenbaukunst“ durchlasen. Na, jagte ein alter Münchener Wagnergefelle, diesmal wird er's schlau angepackt haben. Und siehe da, schon in seinem ersten Artikel über den Verbandstag der Stellmacherinnung zu Eisleben 1899 — Herr Meitinger, warum haben Sie das nicht schon früher gewußt, vielleicht zur Zeit, wo Sie ihre Broschüre: „Zur Lösung der sozialen Frage“, schrieben? — schlägt er grazios zwei Fliegen mit einem Schlag. Erstens rumpelt er jetzt schon den 1899er Innungstag in Eisleben an, weil dort angeregt wurde, eine eigene Fachzeitung zu gründen, indem das Münchener zu praktisch und zu teuer sei, dann bekommen die Münchener Innungsmeister eins, weil sie „Sohn“ nicht mehr in ihre Versammlungen einladen, und dann schmiedet er den Gesellen mit einigen radikalen Phrasen Honig um den Bart, und warum? Erstens, um die Meister, die ihn so schmer geärgert, wieder zu ärgern, und zweitens, um die Gesellen als Abonnenten für seine geschwundene „Wagenbaukunst“ zu gewinnen. Oder sind Sie jetzt wirklich unter die Sozialdemokraten gegangen? Aber es nützt nichts. Die Interessen der Gesellen vertritt schon unsere „Holzarbeiter-Zeitung“ auf das Nachdrücklichste, da haben wir Sie nicht mehr nötig. Auch ist Ihre Sonderabdruck, wo die Gesellen auf das Gemeinste beschimpft wurden, noch zu frisch in unserem Gedächtnis; es machen daher Ihre radikalen Phrasen auf uns keinen Eindruck und werden Sie damit kaum einen Gesellen als Abonnenten gewinnen. Dieses Manöver nützt Ihnen bei uns so wenig, wie dies voriges Jahr beim Wagenfabrikanten Gmelch, dem Sie das Manuskript eines Schmähartikels auf denselben vorher zur Einsicht zuschickten. Damals war der Revolver ohne Wirkung und heute wirkt der Honig nichts, den Sie den Gesellen um den Mund schmieren. In einer Notiz im Anschluß an den Verbandstagsbericht in Nr. 10 hört Meitinger das Gras wachsen, oder es hat sich ein Spatzvogel mit ihm einen Witz erlaubt; wörtlich schreibt er: „Die Münchener Gesellen beabsichtigen, im Jahre 1902 einen Streit in Szene zu setzen. Laßt es ruhig bleiben, es nützt Euch so wenig, wie es 1900 den Tischlern genützt hat. Die traurigste Gesellschaft sind Stellmacher und Wagner, welche auf Luxuswagenbau arbeiten, nicht die Gesellen meine ich, sondern die Meister, sie werden von den Fabriken aufgefressen, weil sie ihre Zeit verpaßt haben. Ein Adjutant in der Paulaner Brauerei in München hat täglich 4,80 und 3 Liter Bier, ein Wagnergefelle hat täglich 3—4, sonst nichts. Aber bis zum Jahr 1854 waren sie noch weit schlechter gestellt; fl. 1,12 Wochenlohn und Kost und Logis bis zu fl. 2,24 hinauf. Höher ging es nimmer.“

Ebenso wenig wie die Meister in letzter Zeit Meitinger mehr ernst nehmen, so wenig haben die Münchener Gesellen dies jemals schon gethan. Wann die Gesellen streiten und ob es was nützt, darüber mag sich Herr Meitinger den Kopf nicht zerbrechen, das werden die Gesellen schon selber wissen. Der Abonnentensang bei den Gesellen wird Ihnen nichts nützen, da hätten Sie früher aufstehen sollen.

Anmerkung der Redaktion. Es ist wahr, Herr Meitinger hat die Sache schlau angepackt, um Abonnenten zu fangen, indem er die Münchener Wagnergefellen über die Herkunft des Artikels, mit welchem er Abonnenten angelockt wollte, täuschte. Und zwar macht er das so: In Nr. 9 des „Ehais- und Wagnerbau“ druckt er unseren Bericht über den Stellmacherverbandstag in Eisleben, enthielt in Nr. 38 vom Jahre 1899, zu 1/4 wörtlich ab unter der Ueberschrift: „Zur Abwechslung auch einmal etwas Anderes“, bemerkt aber in der 4. und 5. Zeile in Parantese: („Der „Holzarbeiter-Ztg.“ Nr. 38 von 1899 entnehmen. Was sie 1901 zu Braunschweig ausmachen, wollen wir erst sehen.“) Diese Nummer 9 sandte uns Herr Meitinger unter Streifenband zu und ersuchte uns per Karte, ihm diejenige Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu senden, in welcher sich der Bericht über den Verbandstag in Braunschweig (der Mitte August d. J. tagte) befände, damit er ihn nachdrucken könne. Die Nr. 9, in welcher unser Bericht aus Nr. 38 vom Jahre 1899 zu 1/4 und mit Quellenangabe verlesen, enthalten war, hat Meitinger den Münchener Wagnergefellen nicht zugesandt, sondern nur die Nummer 19, in welcher sich die Fortsetzung des Berichts und der Feuilleton (eine besondere, 54 Zeilen lange Notiz in der gleichen Nummer 38 der „Holzarb.-Ztg.“) befinden. Am Schluß unseres eigentlichen Verbandsstagsberichtes fügt Meitinger die folgenden Zeilen an: „Die Gesellschaft will eine eigene „Stellmacherzeitung“, als wie denn das Zentralblatt für sie nicht auch gut genug wäre. Was meinen denn die Herren, was eine Fachzeitung mit Zeichnungen kostet? — Haben diese eine Idee davon? — Der zuletzt stattgefundene Verbandstag soll im August 1901 in Braunschweig abgehalten werden sein, am 17., 18. und 19. vorigen Monats, also gerade, wo ihr diesen ersten Theil gelesen habt.“

Herr Meitinger plant hier, denn den ersten Theil des Berichts Nr. 9 hat er den Münchener Wagnergefellen, wie oben erwähnt, nicht zugesandt, sie konnten ihn in seiner Zeitung also nicht lesen. Anschließend an die soeben zitierten unseren Feuilleton und fügt diesem folgende Zeile an: „Die Wagnereiererei in Berlin ist also nicht weit her — haben wir schon gehört.“ Dann bringt er daran anschließend eine „Ihm unter die Hände gekommene“ Notiz über eine lebhaftige Klage auf dem badischen Handwerkerkongress: daß ein Meister den anderen hintergeht und ihn zu schädigen sucht und dann schreibt er zum Schluß wörtlich: „Mich z. B. laden die Münchener Wagner, jetzt ich das Wagnergeheiß aufzugeben und die Zeitung habe zu keiner ihrer Versammlungen mehr ein, weil sie bezweifeln — ich sei kein Wagner mehr“, — aber es ist nur die Mühe, weil ich ihnen über den Kopf gewachsen bin. Ich bin Wagner bis an mein Ende, wenn ich auch die Zeitung schreibe, und gerade er's Recht bin ich da Wagner.“

Das Eingeladene des Kollegen A. L. läßt erkennen, daß er die Nr. 38 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1899 nicht gelesen oder nicht gekannt hat, sonst hätte er die Täuschung sofort bemerkt haben müssen. Aber er hätte sich auch

sonst klar darüber sein können, daß jener Bericht nun und nimmer von dem „Kunstwagner“ Meitinger stammen könne. Wir sind mit der Einsender der Uebersetzung, daß Meitinger trotz seiner „übergroßen Schlaueit“ aus den Kreisen der Wagnergehülften keinen einzigen Abonnenten für sein „Kunstjournal“ gefischt hat.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Der Korbmachermeister Götte in Neuzelle erklärte seinen Gesellen am 17. August, daß er ihnen die Woche darauf den bisherigen Lohn um 10 pBt. kürzen müsse, da er anders nicht konkurriren könne. Das geschah; einigen Gesellen wurde von dem für 14 Tage rückständigen Lohn sogar schon ein Abzug gemacht, was diese sich aus Furcht vor dem Geispenst Arbeitslosigkeit ruhig gefallen ließen. Als nun mit der Lohnreduktion auch noch eine Verschlechterung des Materials plaggriff, beschloßen die Kollegen, nach voraus gegangener Kündigung am 14. September die Arbeit einzustellen. Das war, wie die Kollegen sich halb überzeugen konnten, ein Fehler insofern, als die vom Militär freigegebenen Kollegen sofort in die freigewordenen Stellen einrückten, natürlich zu dem niedrigen Lohnsatz. Nun ist der Abzug überall vollzogen worden; nur in einer Werkstat konnte er bis auf 6 1/2 pBt. zurück gedrängt werden. Daß unter den obwaltenden Umständen in Neuzelle keine Seibe zu spinnen ist, werden die Kollegen des Korbmachergewerbes begreifen und deshalb fern bleiben.

Aus den Berufen der Holzbranche.

An die Holzarbeiter Hamburgs wendet sich ein wirkungsvolles Flugblatt, das den Kollegen in eindringlichster Weise die Pflicht nahelegt, sich an allgemeinen Kämpfe gegen die Wolltsbedrücker und Brotvertheurer zu betheiligen. Wörtlich heißt eine Stelle desselben, die auch Kollegen anderer Orte sich zur Notiz nehmen mögen:

Kollegen! Um solche Bestrebungen (gemeint sind die, welche auf Ausplünderung des Arbeiterstandes und auf dessen Unterdrückung abzielen. Die Red.) zu nichte zu machen, giebt es nur eins: Selbstständiges und geschlossenes Handeln der gesamten Arbeiterschaft. Da sollte sich jeder Kollege sagen: Wo in solcher Weise gegen mich und Meinesgleichen gelämpft wird, da will auch ich nicht länger unthätig sein, da will ich mit Jenen in die Reihen treten, welche bisher schon mit so großem Muth und nicht ohne Erfolg den Kampf gegen die Bedrücker meiner gesamten Klasse geführt haben. So wirst Du Dir, lieber Kollege, sagen müssen, wenn Du ehrlich sein willst; dann mußt Du eintreten in Deine gewerkschaftliche und politische Organisation, wo Deine alten Genossen und Kollegen Dich herzlich begrüßen werden als einen neuen Kämpfer und bereiten mit Dir und den anderen den Kampf künftig mit um so größerem Erfolg führen können. In solcher Weise wirst Du den Platz ausfüllen, auf welchen Du hingehörst, und in dem Bewußtsein, Deine Pflicht voll und ganz zu erfüllen, wirst Du Dich glücklicher schätzen als Derjenige, der in unwürdiger Gedankenlosigkeit und verbrecherischem Egoismus dahingleibt, und anstatt seiner Pflicht gemäß mitzukämpfen, noch ein Hinderniß für seine eigenen Klammengenossen ist.

Empfohlen wird dann weiter, daß unsere Kollegen nicht eine einseitige Veruspolitik treiben, sondern Hand in Hand mit der politischen Organisation eine Hebung ihrer Lage erstreben sollen. Nach Aufzählung der Summen, welche der Verband zu diesem Zweck bereits verwendet hat, sagt der Verfasser mit Recht:

„Um wie viel weiter aber hätten wir mit den aufgewendeten Mitteln kommen können, wenn überall die geschlossene Einigkeit vorhanden gewesen wäre?“

Wir fügen hinzu: Und wie viele Kämpfe würden dem Verbands erspart geblieben sein, wenn die Kollegen nur immer darauf bedacht gewesen wären, die etwaigen Errungen-schaften eines Kampfes durch bewußtes, mannhafes Auftreten sich zu erhalten. Wer was ist darin schon gesündigt worden! Hoffen wir mit dem Verfasser, daß das Flugblatt seine Wirkung nicht verfehlt.

Ein Kartellverhältnis zwischen den Holzarbeitern in Berlin ist nach einem Bericht des „Vorwärts“ daselbst geschaffen.

Es heißt in dem Bericht: „Gauzkapf theilte sodann u. A. mit: Die Organisationen der Holzarbeiter, der Möbelpolierer und der Maschinenarbeiter haben ein Kartellverhältnis auf folgender Grundlage abgeschlossen: die Möbelpolierer und die Maschinenarbeiter entziehen regelmäßig zu den Sitzungen des Holzarbeiterverbandes je einen Delegierten behufs Wahrnehmung der gemeinsamen Berufsinteressen. Bei allgemeinen Streiks unterstützen sich die Organisationen gegenseitig, nachdem vorher eine gemeinsame Berathung der Vorstände stattgefunden hat. Bei der Arbeitsvermittlung sind vollberechtigte Mitglieder des Holzarbeiter- sowie des Maschinenarbeiterverbandes, welche Maschinenarbeiter sind, gleichberechtigt, und werden der Reihe nach im Arbeitsnachweis der Maschinenarbeiter, Kleine Andreasstraße 15, geführt.“

Alle im Bureau des Holzarbeiterverbandes eingelaufenen Stellen für Maschinenarbeiter sind sofort im Arbeitsnachweis der Maschinenarbeiter, ohne Angabe der Adresse, zu melden. Diese eingelaufenen Stellen im Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes erhalten nur die Kollegen, welche mit einer vom Maschinenarbeiterverband ausgefertigten Karte sich legitimiren können. Bei Wahlen und Vertretungen von Körperschaften (Gewerbegericht, Innungsauschuß usw.) werden die Kandidaten gemeinsam aufgestellt. So lange das Kartell besteht, sind die Organisationsfreiheiten in den Berufsstätten zu unterlassen.

Leipziger Holzindustrielle auf der Arbeitersuche.

In einer Hirschberger Zeitung steht folgende Anzeige: Tischler, Maschinenarbeiter, die nicht dem Verband angehören, bei hohem Lohn sofort in dauernde Stellung gesucht. Fabrik seiner Holzwaaren für Holzbrand, Malerei und Kerbschnitt. Wilhelm F. Schlobach, Leipzig-Gohlis. Schlobach gehört zu denen, welche ihre Gesellen ausgeheuert haben, und dadurch erreichen wollen, daß die Arbeitszeit wieder verlängert und die Garantie des Stunden-

lohnes bei Affordarbeit in Wegfall kommt. Er sucht, da seine Uebe von den organisierten Arbeitern geräumt werden mußte, nun in Schlesien solche Kollegen, von denen er annimmt, daß sie sich zu denen zählen, die nicht alle werden. Ein Kollege von dort, der uns die Anzeige zusendet, schreibt mit Recht, wenn Schlobach Leute braucht, hätte er nur die behalten können, welche er hatte, sie würden ganz sicher zu den den Schlesiern versprochenen hohen Löhnen bei ihm geblieben sein. Wenn der „Kerbschnittmenschen“ auf unorganisierte Schlesier rechnet, dürfte er sich irren, diese glauben nämlich, daß Schlesien mit Brettern zugemagelt sei. Ob dem so ist oder nicht, wollen wir nicht untersuchen, wir dürfen aber wohl voraussetzen, daß die organisierten Kollegen auf der Hut sind und die „Gesuchten“ darauf aufmerksam machen, daß in Leipzig ihre Berufs Kollegen hinausgetrieben sind, und es sich auch für einen unorganisierten Kollegen nicht geziemt, Nothknecht der Unternehmer zu spielen und Verräther ihrer eigenen Kollegen zu werden. Also von Leipzig wegbleiben!

Die reichsgräflich Schaffgotsche Holzindustrie in Warmbrunn

sucht in Hannover (in der Sakanzelliste von Hoffmann & Co.) Tischler. Den Kollegen in Warmbrunn und Hirschdorf will eine solche Maßnahme als nothwendig nicht einleuchten, so lange Arbeitslose in Warmbrunn und der Umgebung massenhaft vorhanden sind und in obiger Fabrik keine Arbeit bekommen, weil Arbeitsmangel vorhanden sein soll. Die Kollegen in Warmbrunn und Hirschdorf erlassen deshalb durch die Verwaltung der Zählstelle letzteren Ortes an die reisenden und alle solche Kollegen, die sich verändern wollen, die Mahnung, bevor sie auf ein Engagement eingehen, bei dem Bevollmächtigten Gustav Schlagner in Warmbrunn (Schlesien), Zadenau 17, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Erkundigungen einzuziehen.

Zur Hebung des Tischlerhandwerks.

In Hof sind die Tischlerarbeiten zur inneren Ausattung eines Schulhausbaues an der Westendriederstraße, wie das „Neue Handwerkerblatt“ mittheilt, in Submision vergeben worden. Das höchste Angebot war M. 14 200, das niedrigste M. 2400! Wir nehmen an, daß diese Mittheilung eine recht fette Herbstente ist; daß die Mittheilung wahr sein kann, ist garnicht glaublich. Wir wollen zur Ehre der beiden in Frage kommenden Tischlermeister annehmen, daß ein Druckfehler vorliegt. Sollten wir uns irren, dann allerdings wäre der Vorschlag, einen Rechen- und Kalkulationskursus durchzumachen, das Wenigste, was man den beiden Tischlermeistern anrathen könnte.

Die Firma Krellig & Co., Kindertwagen-, Korbmöbel- und Kofferfabrik in Düben a. d. Mulde,

sendet uns folgende Berichtigung: Lohnabzüge haben bei uns überhaupt nicht stattgefunden und haben wir, so lange wir Heisekörbe fertigen, stets die höchsten Preise am Plage gezahlt. Material zu Körben ist immer in sehr gutem Zustande dagewesen. Ob wir nun Stöcke oder Weiden verwenden, hat auf den Verdienst des Arbeiters keinen Einfluß. Das Eingekaufte, welches wahrscheinlich von Arbeitern herrührt, welche früher bei uns arbeiteten, arbeiten am Plage billiger als unsere Leute. Wenn die in der Kindertwagenbranche beschäftigten Arbeiter Ueberstunden gemacht haben, sind diese selbstverständlich dafür bezahlt worden und sind die Ueberstunden nur mit Einwilligung der Arbeiter gemacht worden. Was die Preise in dieser Branche anbelangt, zahlen wir mehr als unsere Konkurrenz. Betreffs der Einführung des Markensystems ist die Bestimmung den Arbeitern verlesen worden und sind keine Einwendungen gemacht worden. Wegen Zuspätkommens ist überhaupt noch Keiner bestraft. Ein Arbeiter, welcher sich dieser Ordnung nicht fügen wollte, ist entlassen worden und ein Anderer ist nicht wegen Zuspätkommens entlassen worden, sondern dieser Befand sich schon seit längerer Zeit in Kündigung und haben wir denselben nur auf dessen Witten so lange beschäftigt, bis er andere Arbeit finden würde und seine Entlassung erfolgte wegen Välligkeit. Mit Bezug auf die nicht richtig geschilderten Verhältnisse ist wohl jeder unserer Arbeiter in der Lage, uns konstatiren zu können, daß wohl in keiner Hinsicht etwas zu wünschen übrig bleibt.

Die Korbmacher-Zwangseinnahme,

welche für den Bereich des Herzogthums Sachsen-Altenburg gegründet war, hat sich aufgelöst. Anlaß dazu bot der Umstand, daß dem Vorstand eine Injurationsrechnung für amtliche Bestatimmungen im Betrage von M. 83 zuging. So viel Geld war in der Kasse noch nie vorhanden gewesen, weshalb die Innungsmeister noch extra tüchtig blechen mußten. Damit hatte aber die Begeisterung für die Innung den Gipfelpunkt erreicht, und damit nicht noch mehr Injurationskosten entstehen, entschloß man sich schleunigst dazu, die Innungsherrlichkeit zu Grabe zu tragen.

Eine neue Konkurrenz ist den Bürsten- und Pinselmachern erwachsen.

Wir lesen im „Vorwärts“: „Die Bürsten- und Pinselmacher, welche im Holzarbeiterverband organisiert sind, beauftragten in der letzten Branchenversammlung ihre Kommission, sich mit folgender Angelegenheit zu befassen: Die Brauerei-Berufsgenossenschaft hat in der Köthenerstraße zu Berlin eine Werkstat errichtet, in welcher sie ihre invalide gewordenen Arbeiter mit der Anfertigung von Brauereibürsten beschäftigt; gegenwärtig werden sechs Mann dort beschäftigt, später sollen für sämtliche Brauereien der Provinz Brandenburg die Bürsten dort angefertigt werden, was dann eine gänzliche Arbeitslosigkeit vieler Kollegen im Gefolge hat.“

Ist denn die reiche Brauerei-Berufsgenossenschaft so arm, daß sie außer Stande ist, ein halbes Duzend Invaliden hinreichend zu unterstützen? Es ist wirklich geradezu ein Verbrechen, auf diese Weise die Zahl der Arbeitslosen noch zu vermehren.

Wie Unternehmer sich ihrer gegebenen Ehrenworte entledigen.

Die Gewerkschaft der Holzarbeiter Böhmens erucht uns darum, den deutschen Kollegen von folgendem Vorkommniß in Prag beim Möbelfabrikanten Ringhoffer Kenntniß zu geben: Im heurigen Frühjahr haben, nach allseitigen Vorbereitungen während des vergangenen Winters, die Tischlergehülften von Prag in allen Werkstätten und Fabriken die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden gestellt. Das geschah auch in der Fabrik Ringhoffer,

wo allerdings infolge der Unsolidarität und des Sklavengeistes der Angehörigen anderer Industriegruppen die Fiskler und Lacher allein blieben. Trotz all der Widerwärtigkeiten von Seiten der Antreiber wurde diese Forderung dem Unternehmer überreicht, blieb aber bis heute ohne Erfolg. Die Antwort wurde den Arbeitern in anderer Weise zu Theil: Sobald die dringenden und nothwendigsten Arbeiten mit der größten Eile zusammengehoben waren, wurde damit begonnen, die überflüssigen Arbeitskräfte auf's Plaster zu werfen, so daß bis heute mehr als 1200 Arbeiter entlassen wurden; allerdings nur lauter Arbeiter. Aufseher und Beamte wurden nicht entlassen. Unter der Losung: „Es ist keine Arbeit“, wurden auch jene entlassen, die sich schon jahrelang für das Unternehmen schinden. Es wurde bei diesen Entlassungen ein bestimmtes System eingehalten. Die Sozialisten wachen der Fabrik bereits über den Kopf, hieß es, und darum in erster Linie hinaus mit den Sozialisten. Daß bei solchen Verhältnissen die Denunzianten freies Feld fanden, um sich unbecuemer Leute zu entledigen, ist wohl überflüssig zu sagen; und der allen Speichelledern und auch der Fabrikleitung Unbequeme war der Sozialist Kritzer, ein Arbeiter, der durch nahezu 16 Jahre in der Fabrik ausgebeutet wurde und seine schönsten Jahre dort geopfert hatte. So lange er nicht Vertrauensmann und Mitglied des Arbeiterausschusses war, hatte man gegen seine Gesinnung nichts einzuwenden. Als er jedoch seine Funktion antrat und die Rechte der Arbeiter in unparteiischer Weise sowohl gegen die Fabrikleitung als gegen die Speichelleder energisch vertat, wurde er in den Augen der Ausbeuter zu einem unbequemen Sozialisten.

Einen Arbeiter nach zehnjähriger Arbeit hinauswerfen, geht nicht so leicht, da dieser das Ehrenwort des Unternehmers hat, der ihm Arbeit und Pensionsanspruch garantiert. Da man also keinen Grund zur Entlassung fand, wurde ein solcher förmlich an den Paaren herbeigezogen, um sich des unbecuemen Menschen zu entledigen. Kritzer wurde als unehrenhafter Mensch erklärt. Die unehrenhafte Handlung bestand darin, daß er anläßlich des Streiks im heurigen Jahre zu dem Fisklergehülfen Serna (der, nebenbei bemerkt, sein Verwandter ist), als er ihn eine Anzahl von Streikbrechern aus der Werkstätte Krisel führen sah, sagte: Nun also, bis zum König der Streikbrecher hast Du es gebracht?, welche Aeußerung ihm drei Tage Arrest wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes einbrachte.

Aus diesem Grunde ist er ein „ehrloser“ Mensch, die übrigen Mitglieder des Arbeiterausschusses würden mit ihm nicht mehr an einem Tisch sitzen und außerdem habe die Fabrikleitung das Vertrauen zu ihm verloren. Grund genug, um einen Arbeiter nach 16 Jahren auf's Plaster zu werfen. Einen Arbeiter, der eine große Familie zu erhalten hat, aus so hinfälligen Gründen der Existenz zu berauben, zeugt von größter Unmenschlichkeit und Nachlust.

Und wie verhalten sich dazu die übrigen Mitglieder des Arbeiterausschusses: Moos (Schlosser), Partig (Schmied), Pardubsky (Schlosser), Sveda (Schlosser), Subnit (Ladierer), Füll (Gießer) und Bilz (Kesselmacher)? Wenn es wahr ist, was der Direktor sagte, daß diese Arbeiter einen Genossen wegen einer solchen Aeußerung für ehrlos erklären, dann verdienen diese Namen der gesammten Arbeiterchaft zur Kenntniß gebracht zu werden, damit sie weiß, was sie von solchen Vertretern zu halten hat. Eines wurde dadurch doch erzielt, daß heute Jeder einseht, daß die ganze Geschichte jammert der Unterschrift den Arbeiter nicht schadet, und daß man immer „ehrlose Handlungen“ erfinden kann, wenn es gilt, ein Ehrenwort zu brechen.

Herr Ringhoffer möge sich merken, daß sein Reichthum nur von der Arbeit Anderer stammt und gerade die in der Arbeit tüchtigsten Arbeiter auch in der Organisation etwas leisten, weil sie sich ihrer Leistung und Kraft bewußt sind. Die Speichelleder, welche ihre Unfähigkeit durch ihre Kriecherei verdecken, sind nur dort zu finden, wo es auf Kosten der Anderen zu schmarnen gilt. Aber auch diese Bäume werden nicht in den Himmel wachsen, und an dem geschlossenen Widerstand der organisierten Arbeiter sind schon viele kapitalistische Existenzen zerschellt und werden noch manche zerschellen.

Gewerkschaftliches.

Ein Kongreß der Masseure und Massenseu tagte am 13. und 14. Oktober in Magdeburg. Beschlissen wurde, den Namen des bisher bestehenden Verbandes der Masseure und Massenseu umzuändern in: „Verband des Massages, Bades- und Krankenpflegepersonals Deutschlands“. Der monatliche Beitrag wurde von 50 auf 80 g erhöht. Ferner soll ein eigenes Fachorgan, welches vorläufig monatlich erscheint, herausgegeben werden. Begründet wurde eine Reiseunterstützung, sowie eine Sterbefasse. Anträge auf Einführung des Befähigungsnachweises und eines Verbandsabzeichens wurden mit großer Majorität abgelehnt. Der zweite Kongreß findet 1903 in Berlin statt. Sitz des Verbandes ist Hamburg, der des Ausschusses Berlin.

Ein Kürschnerverband ist auf einem Kürschnerkongreß in Leipzig gegründet worden. Zugelassen sind alle in der Kürschner-, Zurichter- und Mützenmacherbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Das Eintrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 50 g , für weibliche Mitglieder 25 g . Als Beitrag wird erhoben von den Kürschnern, Zuriçtern und Mützenmachern pro Woche 30 g , von den männlichen Hülsarbeitern 25 g und von den weiblichen Hülsarbeitern 15 g . Das Fachorgan wird den Mitgliedern unentgeltlich geliefert. Generalversammlungen finden alle zwei Jahre statt. Bei Streiks zahlt der Verband eine Unterstützung an Kürschner usw. von M 9,60, an Hülsarbeiter M 8 und an Arbeiterinnen M 4,80, außerdem für Kinder unter 14 Jahren M 1 pro Woche. Die Unterstützung bei Maßregelungen, die vom ersten Tage ab gezahlt wird, beträgt für die einzelnen Kategorien M 15, M 12,50 und M 7,50 pro Woche, desgleichen für jedes Kind M 1. Der Sitz des Verbandes wird nach Hamburg verlegt. Der neue Zentralverband tritt mit dem 1. Januar 1902 in Kraft und schließt sich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an. Der Uebertritt der Mitglieder der jetzigen Vereine hat bis zum 15. Februar 1902 zu erfolgen.

Ein Kongreß der Fensterputzer Deutschlands tagte Ende September in Berlin. Ein Theil der Fensterputzer ist

im Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter organisiert, der größere Theil steht dieser Organisation fern, weshalb man die Gründung eines eigenen Verbandes beschloß. Ein solcher tritt unter dem Namen: „Zentralverband der Fensterputzer Deutschlands“ am 1. Januar 1902 in Thätigkeit. Der Sitz des Verbandes ist Berlin.

Ein Generalstreik der Bergarbeiter in Frankreich wurde seit Wochen geplant, doch ist die Abstimmung darüber so wenig vertrauenswürdig, d. h., gestützt auf die Zahl Derjenigen, die für den Streik gestimmt haben, daß es nicht rathlich erscheint, den Streik zu proklamiren. Es hatten von circa 125 000 Bergarbeitern nur 68 000 abgestimmt, davon nur 50 000 für denselben, 16 000 dagegen. Da es den Leitern doch unmöglich schien, die Indifferenten zu Denen zu zählen, die den Streik wollen (wie es anfangs geschah), hat eine ruhige Einsicht Platz gegriffen und die Proklamirung zum 1. November, wie vorgezogen, ist hinausgeschoben worden und dafür nur im Prinzip der Generalstreik beschlossen. Der Tag, wann er beginnen soll, hängt ab von den Resultaten der Untersuchung einer Kommission für Arbeiterangelegenheit im Parlament. Wird es ihr gelingen, die Regierung für die Festlegung des Achtstundentages, um dessen Einführung es sich beim Generalstreik handelt, zu gewinnen, dann wird von einem Kampf abgesehen werden. Wie überall in der Krise sprechen auch in Frankreich eine Reihe ungünstiger Momente gegen den Streik. Der „Vorwärts“ schreibt zu der Angelegenheit:

„Nicht als ob wir das Vertrauen hätten, daß die gegenwärtige französische Regierung die Forderungen der Bergarbeiter, insbesondere die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages bald und ohne Abstriche erfüllen wird. Wohl aber scheint es möglich, daß die Regierung immerhin zu sozialpolitischen Zugeständnissen kommen wird, ähnlich wie die österreichische Regierung durch den letzten Bergarbeiterstreik auf diesen Weg gedrängt wurde. Der Achtstundentag für den Bergbau wäre für die französischen Bergarbeiter ein bedeutender sozialpolitischer Fortschritt, dessen kein anderes Land bisher sich rühmen durfte. Wenn aber weiter diese drohende Bewegung der Bergarbeiter auch der Anlaß sein sollte, daß der Alters- und Invalidenpensionsentwurf einer Reform im Sinne der Arbeiter unterworfen wird, so läge dies im Interesse der gesammten Arbeiterchaft und die jetzige Bewegung hätte ihren dauernden Nutzen. Bringt die Regierung aber für die Arbeiter eine neue Enttäuschung, dann bleibt ihnen noch immer die Entschlieung frei und sie werden einen günstigeren Zeitpunkt finden können als den jetzigen. Denn gegenwärtig war die Angst und Wuth der Bourgeoisie gegen den Streik größer als die Sympathie unter den Bergarbeitern für den Kampf. Schon allein die Thatfache, daß von 125 000 Bergarbeitern nur 68 856 an der entscheidenden Abstimmung über den Generalstreik theilnahmen, war kein ermutigendes Zeichen.“

Angeblieh soll der Delegirte von Montceau-les-Mines für diesen Bezirk dennoch den Streik in Aussicht gestellt haben. Bei der großen Erregung der dortigen Bergarbeiter infolge der Provokationen der Behörden und Unternehmer mag es gewiß schwer halten, Beruhigung und kühle Ueberlegung herbeizuführen.

Die Deputirtenkammer hat es mit einem Antrag Wasly, die Bergarbeiterangelegenheit zu besprechen, nicht so eilig, sie hat die Dringlichkeit des Antrages mit 290 gegen 245 Stimmen abgelehnt. Die große Minorität beweist, daß man der Bewegung der Bergarbeiter doch großes Interesse entgegenbringt.

Spanische Gewerkschaftsbewegung. Die zur General-Union der Arbeiter vereinigten spanischen Gewerkschaften, die das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei anerkennen — neben den sozialistischen gibt es in Spanien merkantile und anarchische Gewerkschaftsverbände — veröffentlichten soeben ihre Ueberlicht über das letzte Geschäftsjahr, die wiederum eine erfreuliche Zunahme der Sektionen und der Mitgliederzahl constatirt. Während im September v. J. der Verband nur 126 Sektionen (Lokal-Fachvereine) mit 26 088 Mitgliedern umfaßte, hatte er im letzten September 198 Sektionen mit 31 558 Mitgliedern. Merkwürdig war im Jahre 1899—1900 die Zunahme der Mitgliederzahl noch eine weit stärkere; sie stieg von 15 264 auf 29 393, doch hat auch das spanische Wirtschaftsleben in diesem Jahre sehr unter Geschäftslage und Arbeitslosigkeit zu leiden.

Am stärksten ist die sozialistische Gewerkschaftsbewegung in Kastilien, besonders dessen Hauptstadt Madrid, in welcher der Verband allein 30 Sektionen mit 10 736 Mitgliedern hat — dann folgen die Baskischen Provinzen und Asturien. Im industriellen Katalonien hat die Bewegung nur geringen Boden gewonnen; die meisten der dortigen gewerkschaftlichen Vereine bekennen sich zum Anarchismus.

Bedeutend ist die Anzahl der im letzten Jahre ausgefochtenen Streiks, besonders seit März. Bei den 34 Streiks, die in diesem Zeitraum stattfanden, handelte es sich in zwölf Fällen um Lohnherabsetzungen, in neun um Verkürzung der Arbeitszeit, in acht um widerrechtliche Arbeiterentlassungen; die übrigen Fälle betrafen die Abwehr von Eingriffen in das Koalitionsrecht, von Lohnverkürzungen, neuer verkürzter Arbeitsordnungen usw. Mit völligem Sieg endeten 12 Streiks, 6 gingen verloren, 6 wurden durch Vergleiche geschlichtet; die übrigen schweben noch.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein seltsames Kammergerichtsurtheil erklärte das Anhängen von Gewerkschaftsplataten in einer Wirtschaft nach § 9 des angeblich noch zu Recht bestehenden „Preussischen Preßgesetzes“ als strafbar. Der Gastwirth Schneider in Steglitz war diesbezüglich angeklagt und verurtheilt, in der Berufungsinstanz aber freigesprochen worden, da auf eine Wirtschaft der Begriff „öffentlich“ nicht anzuwenden sei. Das Kammergericht hob das Urtheil auf und erkannte auf Geldstrafe.

§ 9 des „Preussischen Preßgesetzes“ bestimmt: „Anschlagezettel und Plakate, die einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“

Technisches.

Ein gutes Erfahrmittel für Leinölfirnis. Man löst gekochenes Kolophonium unter Umrühren in einer geeigneten Menge Benzol, Benzin oder Naphta, beispielsweise im Verhältniß von 50 Theilen Harz zu 100 Theilen Lösungsmittel, und behandelt die erhaltene Lösung mit grobgepulverter kalzimirter Soda oder mit einem anderen Alkalikarbonat unter stetem Umrühren, wobei dieses, ohne sich mit dem Ganzen selbst zu verbinden, die Verunreinigungen des Harzes zur Abscheidung bringt. Gleichzeitig wird das Wasser, welches sich in den im Handel befindlichen Harzen gewöhnlich vorfindet, von der kalzimirten Soda aufgenommen und zu Boden gerissen. Der Bodensatz mit der überflüssigen Soda wird alsdann von der Flüssigkeit getrennt.

Das Löhnen der Bandsäge mit der Lampe dürfte dem Löhnen mit Hilfe einer Löhnzange, welche entsprechend glühend gemacht wurde, entschieden vorzuziehen sein. Man verfährt dabei in folgender Weise: Die zusammenzubühenden Stellen werden etwa zwei Zähne lang sauber abgefeilt, wobei man darauf zu achten hat, sie nicht zu verjüngen und sie nach dem Feilen nicht mit der Hand zu berühren. Alsdann spannt man die beiden zu vereinigenden Blattstellen in eine eiserne Klampe (eine solche wird gewöhnlich vom Bandsägefabrikanten jeder Säge beigegeben und dürfte bekannt sein), befeuchtet die Löhstelle mit einer dünnen, wässrigen Boraxlösung, umwickelt mit feinem Eisendraht, legt an den Rand der Löhstelle, nicht dazwischen, feines Schlagloth und umgiebt das letztere, damit es gut liegen bleibt, mit etwas feuchtem Borax. Hierauf bringt man das zu löthende Blatt mit der Klampe in eine kleine mit Holzkohlen gefüllte Schüssel, umgiebt die Löhstelle gut mit Kohle und legt ein Stück von letzterer auf dieselbe. Alsdann bestreicht man die Löhstelle erst langsam und vorsichtig mit der Lampenflamme bis der Borax geschmolzen ist, worauf man volle Flamme giebt. Wenn der Borax geschmolzen ist, so ist die Löhung vollendet, wobei das Loth zwischen die Löhstellen geflossen ist. Man läßt alsdann abkühlen und feilt die Löhstelle sauber, wobei man sich aber hüten muß, dieselbe zu schwächen, und schärft schließlich die Säge nach. („Diamant.“)

Literarisches.

Das Lübecker Parteitag-Protokoll ist von der Buchhandlung Vorwärts soeben ausgegeben worden. Es ist umfangreicher geworden als das aller früheren Parteitage: 320 Seiten. Preis 60 g . Ein ausführliches Sprech- und Sachregister erleichtert die Uebersicht. Die Kerninhalte, die Stellung von Gewerkschaft und Partei zueinander, wie sie in der Diskussion über die Hamburger Alfordmaurerangelegenheit wieder einmal hergestellt worden ist, die Diskussion über die parlamentarische Taktik, speziell die Frage der Budgetbewilligung, das Referat Bebel's über „Politik und Handelsverträge“ und Bebel's über die Wohnungsfrage, haben dem Lübecker Parteitag seine Bedeutung gegeben, so daß das Protokoll, das alle Vorlagen und die wichtigsten Aktenstücke zu den Streitfragen enthält, zu den bedeutendsten Dokumenten in der Geschichte der Partei gehören wird, das jeder Genosse besitzen sollte. Die Ver- sendung erfolgt in der Reihenfolge der Bestimmungen.

Von dem Sozialdemokratischen Reichstagshandbuch das eine wahre Fundgrube für den Politiker und Zeitungs- leser zu werden verspricht, hat die Buchhandlung Vorwärts in Berlin soeben die zweite Lieferung ausgegeben. Heft 2 behandelt: Agrarbewegung in Deutschland, Aktienbolsch, Amerikas handelspolitische Beziehungen zu Deutschland, Apotheken, Arbeiterausschüsse. — Heft 3 wird die Geschichte der Arbeiterschutzesbewegung im Reich behandeln, Arbeitskammern, Arbeitsbuch usw. — Das ganze Werk wird in 35 Wochenheften, à 20 g , erscheinen.

„Zur guten Stunde“, illustrierte Zeitschrift, erschien im Deutschen Verlagshaus Bona & Co., Berlin W., soeben Heft 4. Preis 40 g . Dasselbe enthält außer den prachtvollen Illustrationen einen sehr interessanten Aufsatz A. Golliner's über: Sport in der Blindenerziehung. Einige Bilder im Text, „Die Blinden an der Schreibmaschine“, zeigen, daß man auch den Blinden durch liebevolle und fachgemäße Behandlung und Erziehung das traurige Leben im nächtlichen Dunkel erträglicher machen kann. Daß leider auch diese Armen auf kapitalistische Manier ausgebeutet werden und ihr Leiden oft sogar als Vorwand dienen muß, um nur recht billige und willige Arbeitskräfte zu haben, erwähnt der Verfasser freilich nicht, gehört allerdings auch nicht in den Rahmen jenes Artikels.

Katechismus des Gewerbegerichtsgesetzes nennt sich ein kleines 22 Seiten umfassendes Schriftchen, das vom Ausbreitungsverband der deutschen Gewerbevereine in Düsseldorf herausgegeben ist. Das Werkchen enthält 74 Fragen und Antworten, welche den Leser auf dem Gebiete des Gewerbegerichtswesens leicht orientiren und ihm manchen unnöthigen Weg und unnöthige Kosten ersparen. Der Preis beträgt 40 g .

Im Verlag von Kurt Voake in Berlin ist ein ähnliches Schriftchen erschienen: **Wie klage ich vor dem Gewerbegericht?** das ebenso wie das oben genannte Fingerzeige giebt, wie die gewerblichen Arbeiter vor dem Gewerbegericht ihr Recht suchen können.

Briefkasten.

Breslau, G. E. Aber, lieber Kollege, was können die deutschen Kollegen, außer denen aus Ratibor, für ein Interesse an einem Eingelands haben, das doch nur rein lokale Angelegenheiten erörtert. Anders mit dem zweiten Theil, der eine Mahnung zur Einigkeit enthält. Wir werden das Ganze der Preßkommission unterbreiten und diese über die Aufnahme entscheiden lassen. Wir persönlich halten die Aufnahme für unzumuthbar.

Jena, G. E. Möbelverzierungen liefert Herr Bernhard Runge in Landsberg a. d. Warthe.

Saalfeld, R. F. Korbmacherwerkzeuge liefert Herr Georg Schöbel, Leipzig, Reichenstr. 20.

Langensalza, W. P. Das ist kaum möglich. * Möbelrollen aus Messing und Hartgummi liefert Herr Grabowski, Hamburg, Pastorenstr. 14.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 M.)

Braunschweig. Sonnabend, 9. November, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32.

Blinde. Sonnabend, 9. November, Abends 8 Uhr, bei F. Hagemeier, Eschstr. 23.

Cotta-Dresden. Sonnabend, 9. Novbr., in „Stadt Dresden“.

Eisenberg. Sonnabend, den 9. November.

Emden. Donnerstag, 7. Nov., b. Menthe.

Görlitz. Am Sonnabend, den 9. November, Abends 8 Uhr, im „Weibedere“, Rauschwalderstraße. L.-D.: Vortrag, Geschäftliches, Aufnahmen und Fragelasten.

Hamburg. Dienstag, den 5. November. Abends 8½ Uhr bei Lütge, Valentinstamp 41. L.-D.: 1. Bureaufrage. 2. Abrechnung. 3. Unsere Stellung zum Bau eines Gewerkschaftshauses. 4. Berichtlesen.

Die Ortsverwaltung.

Schöneberg. Donnerstag, den 7. Novbr., bei Witte, Wilmersdorf, Berlinerstr. 41.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

München. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Verkehrslokal, Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus „Zum Stift“, Stiftsstraße 10, befinden. Es wird gebeten, nur daselbst zu verkehren. Auch wird die Reiseunterstützung jeden Abend von 7½-8½ Uhr dort ausbezahlt.

Berlin. Arbeitsnachweis und Herberge befinden sich Engelstr. 16, im Gewerkschaftshaus. Daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Emden. Die Reiseunterstützung wird vom Kassier R. Nortmann, Wohltätigkeitsstr. 2, von 12-1 Uhr ausbezahlt.

Der Tischler Oskar Goldhorn, geboren am 6. Januar 1876 zu Hannover, Buch-Nr. 86 222, wird hierdurch aufgefordert, seine Adresse uns sofort mitzuteilen. Die Kollegen werden dringend ersucht, uns gleich von dem Aufenthalt des O. Kenntnis zu geben.

Die Ortsverwaltung Emden. E. Siemens, Bolthuisen b. Emden, Trefweg 119.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Franz Hoffmann, Tischler, geb. 24. 2. 76 zu Hohenpriesnitz, gest. 20. 10. 1901 an Lungenemphysem zu Eilenburg.

Johannes Druck, Stiftenmacher, geb. 17. 1. 51 zu Stelzenberg, gest. 5. 8. 1901 an Nierenleiden zu Lambrecht.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Zeugen gesucht.

Die Kollegen Schäfer und Androssen, früher in Hünim, später in Altona, jetzt aber aus letzterem Orte abgereist, werden dringend ersucht, uns umgehend ihre Adressen einzusenden. Redaktion der „Holzarb.-Zig.“

Freund **Richard Kurth** hatte Dein Besprechen Deinem Freunde **Emil** in Eilenburg. [M. 1,20]

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Berwaltungsstelle Altona.

Am Sonntag, den 10. November 1901:

Gr. Wintervergüngen

unter Mitwirkung der Liedertafel „Loreley“, verbunden mit Theateraufführung, sowie großartiger Kappenspolonaise, in den „Blumenhallen“, St. Frischheit.

Beginn 7 ½ Uhr.

Preis der Karte für Herrn oder Dame 30 M. Hierzu ladet freundlich ein **Das Festcomité.**

Ein erfahrener **Salonbeschrämer** sucht sofortige Stellung. Angebote sind zu richten an **Karlitz Tess, Bohum, Köhlerstr. 14.**

Suche per sofort einen tüchtigen **Drechsler.** **Chr. Terveer, Deitern i. Thür., Tischler und Drechsler mit Krampdenk.**

Gesucht 2-3 **Korbmacher** auf Fischkörbe. Dauernde Beschäftigung.

D. Müller, Korbmachermeister, Süde (Grzsh. Döbenburg).

Korbmacher,

geübte Bambus- und Gestellarbeiter, bei gutem Akkordlohn sofort gesucht.

Mathesius & Co., Gauzsch b. Leipzig.

1 Bürstenmacher, der für bohren und Borsten zureichten, eventuell Seithaar kämmen kann, auf sofort für dauernd gesucht.

Herm. Mengler, Bürstenmacher, **Mülheim a. d. Ruhr,** Winzenbach 17.

Vier gut erhaltene **Fournierbüche** billig zu verkaufen. **G. Peter,** Hamburg-Ohlenhorst, Reuterstr. 9, Hinterh., 1. Et.

Polierleinwand hat stets auf Lager und empfiehlt **W. Schäfer,** Hamburg, Amandstr. 69.

W. A. Langer, Leubsdorf, Sachl.,

empfiehlt dauerhafte

Arbeitschossen, praktisch für Holzarbeiter.

2 Paar **Double-Lederhosen,** ganz stark, Farbe silbergr. od. dunkelbr. **M. 9,80**

2 Paar **dtw.,** mittelstark „ **8,80**

2 Paar **Zenghosen,** gute Qual., einfarbig dunkel, oder hell gestreift **7,50**

2 Paar **Zenghosen,** leichtere Qual., verschiedene Farben „ **6,50**

Versand nur von 2 Paar an franko!

Der deutsche Tischlermeister.

Berlin SW, Friedrichstr. 31.

Anerkannt hervorragende Fachzeitung der Tischlerei. Jede Nummer enthält praktisch verwendbare Zeichnungen für Möbel- und Bautischlerei. Zahlreiche Textillustrationen. Wöchentlich erscheint eine Nummer. Abonnement kann jederzeit begonnen werden.

Ein Postkarte genügt. Vierteljährlicher Abonnementspreis Mk. 1,75. Stellengesuche von Abonnenten werden gratis aufgenommen. Jeder Abonnent erhält einen inhaltsreichen, wertvollen Tischlerkalender (Caschen- und Nachschlagebuch) für das Jahr 1902 gratis.

Jeder Abonnent erhält einen inhaltsreichen, wertvollen Tischlerkalender (Caschen- und Nachschlagebuch) für das Jahr 1902 gratis.

Umsonst und franko erhält Jeder meinen **Pracht-katalog** mit ca. 3000 Abbild. v. Messern, Scheren, Senen, Waffen, Fernrohren, Gold- und Lederwaren zc. (unentbehrlich für jeden Haus-halt). Empfehle unübertroffene **Silberstahl-** Rasirmesser mit Gnu zu M. 2, desgleichen **Diamantstahl** M. 3 gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

Fritz Hammesfahr, Stahlw.-Fabrik, Foche-Eolingen 18.

Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke. **Titus Axen,** Altona. Freisinken gratis und franko.

Reelle Zigarren-Offerte. Offerieren den Genossen unsere vorzüglichen Fabrikate in den Preislagen von M. 26 bis M. 100 pro Mille. Musterlisten zu Diensten. **Böslar & Hofmann,** Zigarrenfabrik, Painewalde i. E.

Quittungsmarken und Kautschukstempel liefert seit 22 Jahren f. Laufende Kassen u. Vereine **Jean Holze,** Hamburg, Drehbahn 45. Verlag sozialistischer Bücher. **Fractionsbild der sozial. Partei 1898.** Illustrierte Preislisten gratis und franko.

Der Dorfschreiner. Vorlagen von Möbeln und anderen Schreinerarbeiten für die einfachsten Verhältnisse. Preis M. 7,50. Zu beziehen durch die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung.“

!! Nebenverdienst !!

bietet sich organ. Genossen durch Vertretung meiner **Metall-Schwebenhülsen, Schnupftabakdosen** usw., mit Namen. Grntil. Refl. erhält. a. Wunsch Prosp. u. Schwebenhülsen als Muster gratis u. franko. Bitte genaue Adresse.

Reinhard Thate, Hohenstein-Gruntthal i. E.

Hohlhobel ohne Klappe u. Keil (Deutsches Reichspatent Nr. 88 696)

zum Abputzen von feinstem Maserfournier, zum Ströpfen und zu jeder anderen Abputzarbeit.

Rich. Gebel, Dahme i. d. Mark.

Genossen! Kauft nur den Meistst „Solidarität“ von **Jean Bloss, Stein bei Nürnberg.**

Gute 5 u. 6 D = Zigarre. **H. Siemers, Hamburg, Neustädterstr. 101.**

Meinel & Herold

Harmonika-Fabrik **Klingenthal (Sa.) Nr. 103** versenden per Nachn. anerkannt solide Concert-Zug-Harmonikas, ca. 34 cm hoch, m. garantirt körff. Stim., offen. Klaviatur, berbest. Stahlfederung, 3theil. (1falt.)

Doppelbalg m. best. Metallschüden, Doppelbälgen etc. 10 Cass., 2 Sch. 2 Reg., 50 Stim. M. 5.- Schale und 10 „ 5 „ 3 „ 70 „ 7.50 Kiste hierzu 10 „ 4 „ 4 „ 90 „ 8.50 umfong, 10 „ 6 „ 6 „ 130 „ 15.- Porto extra. 21 „ 105 Stim. M. 11.-, 21.-, 27.-, 31.-. Andere Harm. (105 versch. Nr.) pr. St. v. M. 8.50 bis 80.- Musikwerke, Drehorgeln, Akkordzither, Zithern, Violinen, Mundharm., Bandonions. Garantie: Zurücknahme und Geld retour. Wir bitten dringend, unsere Harm. nicht mit billiger offerirt. zu verwechseln, ist der Preis niedriger. ist auch die Qualität geringer. Vor anderweitig Einkauf verlange man unsern großen illustrierten Catalog umsonst. Ueber 4000 Dankschreiben.

Als besonders billig

empfehlen aus tausendfältiger Auswahl in Herrenstoffen, Damastoffen und Baumwollwaaren, von M. 10 an franko!

3 Meter	Zwirnbuckstln zu einem vollkommenen Anzuge.....	für M.	3,90
3	Metropol-Cheviot, schwarz, blau, braun oder grün ..	„	5,25
3	schweren Wodobuckstln, sehr solides Fabrikat	„	8,40
2	eleganten Eskimo, zu einem schweren Winterpaletot ..	„	9,-
3	hochf. Triumph-Cheviot, in allen Farben, gef. gefächelt ..	„	10,50
3	glatt Kammgarn, in schwarz, blau oder braun	„	13,80
6 Meter	schweren Kleiderflanell zum Damenkleide	für M.	3,-
6	solides Damentuch in allen Farben	„	3,72
6	gediegenes Damenloben, prachtvolle Melangen	„	4,68
6	reinwoll. schwarz Cachemir oder Kammg. Crépe ..	„	6,30
6	Wohlfart-Glanz-Jacquard, schwarz und farbig	„	8,10
6	reinwollen Homespun, schwere Qualität, Neuheit! ..	„	10,50
15 Meter	halbkleinen Sandtuch-Gebild	für M.	3,45
15	weiß Hemdentuch, für Leib- und Bettwäsche	„	5,15
15	kräftigen Hemdenflanell, zu jedem Wäschebedarf	„	5,25

Eine Partie Reste ganz unter Preis. Muster franko ohne Kaufverbindlichkeit, reich illustrierten Katalog über fertige Waaren gratis.

Tuchausstellung Augsburg 93. (Wimpfheimer & Cie.)

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 **Fabrik chemischer Produkte.**

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unter Garantie d. Oelausschlagen.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ansstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag: A. Köstke, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co., Weide in Hamburg.